

Jürgen Mittag

„Zu den Arbeiterbewegungen außerdeutscher, europäischer Länder stellen wir uns freundlich ...“

Leitbilder der sozialdemokratischen Parteienkooperation und SPD-Europapolitik im Zeitalter der Entgrenzung

Der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteienfamilie wird traditionell das umfassendste Bekenntnis zum politischen Internationalismus und das stärkste Engagement im Rahmen transnationaler Parteienkooperation zugeschrieben.¹ Gestützt auf die Analysen von Marx und Engels zur universellen Produktionsweise des Kapitalismus und die plakative Forderung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ trat – so das gängige Narrativ – die sozialdemokratische Parteienfamilie ebenso frühzeitig wie vehement für eine länderübergreifende Zusammenarbeit ein. Mit Blick auf die deutsche Sozialdemokratie scheint diese Sichtweise zunächst vor allem durch den Leipziger Programmentwurf des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der im Jahre 1866 das Ziel der deutschen Einigung zum „Anfang des solidarischen europäischen Staates“ erhob,² sowie durch den Rekurs auf das Heidelberger Programm der SPD von 1925 und dessen Forderung nach der „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ gerechtfertigt in ähnlicher Form interpretiert.³ Und auch Kurt Schumacher konnte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg für die SPD die Position beanspruchen, „die einzige Partei“ in Deutschland zu repräsentieren, „die ohne jede Einschränkung und Täuschung (...) für ein geeintes Europa“ eintrat.⁴ Dass diese Sichtweisen jedoch nicht nur mit Blick auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914, sondern auch

- 1 Der vorliegende Beitrag stellt die erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrags dar, der in der FES-Online-Akademie unter dem Titel „Sozialdemokratische Parteienkooperation im Spannungsverhältnis von Nationalstaat, europäischer Integration und Internationalismus“ im Januar 2008 online gestellt wurde. Der Beitrag stützt sich auf weitere Ausarbeitungen des Verfassers. Siehe insbesondere Jürgen Mittag/Helgra Gebing: Im Spannungsfeld von nationalstaatlicher Politik und internationaler Weltanschauung: Annäherungen an die europäische Parteienkooperation vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 165–196 und Jürgen Mittag: Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Volker Depkat/Piero Graglia (Hg.): Die Entscheidung für Europa. Das Epochenbewusstsein deutscher und italienischer Politiker und das Projekt der europäischen Integration, Berlin/New York 2010, S. 263–290.
- 2 Zit. nach Bundessekretariat der Jungsozialisten (Hg.): Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1993, 65ff.
- 3 Zit. nach Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2004, S. 219f.
- 4 So Kurt Schumacher im Juni 1946, zit. nach Rudolf Hrbek: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945–1957), Bonn 1972, S. 33.

auf weite Phasen des 20. Jahrhunderts erheblich differenzierter zu sehen ist, hat bislang wenig Beachtung in der Forschung gefunden.⁵

Exemplarisch für dieses differenziertere Bild steht einer der ersten Quellenbelege zur transnationalen Parteienkooperation in Europa überhaupt. Das Zitat, mit dem auch dieser Beitrag betitelt ist, stammt von Bernhard Becker. In seiner Eigenschaft als Tagungspräsident der 1864 in Düsseldorf abgehaltenen zweiten Generalversammlung des ein Jahr zuvor gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), auf den sich die SPD anlässlich ihrer 150-Jahrfeiern beruft, erklärte er: „Zu den Arbeiterbewegungen außerdeutscher, europäischer Länder stellen wir uns freundlich, wenn dieselben auf die Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtet sind. Allein in nähere Beziehungen zu ihnen können wir nur dann treten, wenn dies unbeschadet unserer Organisation möglich ist, wenn uns voraussichtlich ein praktischer Nutzen aus der Verbindung erwächst und wenn wir sehen können, dass jene Verbindungen einen soliden Boden unter sich haben.“⁶ Auf eine knappe Formel gebracht, kann also konstatiert werden, dass der Wille zur grenzüberschreitenden Kooperation vorhanden war – allerdings nur unter bestimmten Umständen.

5 Die europabezogene transnationale Kooperation der sozialdemokratischen Parteienfamilie und die europapolitischen Positionen einzelner „linker“ Parteien haben bislang nur begrenzte Beachtung in der Forschung gefunden. Vgl. mit Bezug zur SPD als Überblicksliteratur zum Thema – neben dem angeführten Werk von Hrbek – die vor allem im Vorfeld der ersten EP-Direktwahl entstandenen, primär sozialwissenschaftlichen Arbeiten von William E. Paterson: *The SPD and European Integration*, Lexington 1974; Takeshi Nakai: *Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Nationalismus und Internationalismus*, Bonn 1975; Juliet Lodge: *The European Policy of the SPD*, Beverly Hills/London 1976; Kurt Thomas Schmitz: *Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei*, Bonn 1978 und Jürgen Bellers: *Reformpolitik und EWG-Strategie der SPD. Die innen- und außenpolitischen Faktoren der europapolitischen Integrationswilligkeit einer Oppositionspartei (1957–63)*, München 1979.

Auch die in den 1990er Jahren publizierten Werke wurden primär von Sozialwissenschaftlern verfasst. Siehe hierzu Jürgen Bellers/Mechthild Winking (Hg.): *Europapolitik der Parteien. Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas*, Frankfurt am Main u. a. 1991; Jürgen Bellers: *Deutsche Europapolitik und Sozialdemokratie in den 50er und 60er Jahren*, Siegen 2000; Detlef Rogosch: *Vorstellungen von Europa. Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945–1957*, Hamburg 1996; Dietmar Ramuschkat: *Die SPD und der europäische Einigungsprozess. Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Europapolitik 1949–1955*, Niebüll 2003. Die seit Beginn des 21. Jahrhunderts vorgelegten Studien haben stärker historiografischen Charakter. Grundlegende Bedeutung kommt dabei zwei Beiträgen der „Essener Schule“ zu. Siehe Wilfried Loth: *Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik*, in: Gabriele Clemens (Hg.): *Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 2001, S. 203–219 und Claudia Hiepel: *„Europa gehört keiner Partei“: Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas*, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 271–288. Eine umfassende Monografie zum Thema steht noch aus, wichtige Bausteine liefert Astrid Stroh: *Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1989*, Hamburg 2004.

6 Zit. nach Wilhelm Schröder (Bearb.): *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909*, München 1910, S. 209.

Dass sich dieses Verständnis knapp 50 Jahre später nicht grundlegend geändert hatte, dokumentiert der Dialog von führenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie. Karl Kautsky, der „theoretische Kopf“ der SPD-Linken, erhob in der „Neuen Zeit“ im April 1911 die Forderung nach einer „Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer“. Sein Plädoyer zielte auf „die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa“, die er als „Garantie für eine ständige Fortdauer des Friedens“ sah, „die das Gespenst des Krieges für immer bannte“. ⁷ Kautsky hatte damit Forderungen aufgegriffen, die vom sozialdemokratischen Parteiführer August Bebel bereits 1879 in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ erhoben worden waren. In diesem hatte er von der Perspektive eines „vereinigte[n] Bund[es] der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde“ gesprochen. ⁸ Am 3. April 1911 hatte der zum linken Parteiflügel der SPD zählende Georg Ledebour im Deutschen Reichstag ein ähnliches Plädoyer gehalten und gefordert, „dass die europäischen Staaten sich wirtschaftlich und politisch zusammenschließen müssen. (...) Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, dass sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“ ⁹

Auf welche kritische Resonanz entsprechende Plädoyers indes stießen, zeigt die Reaktion einer anderen Ikone der Parteilinken. Rosa Luxemburg sah imperialistische Anwendungen, sprach von einem „Verlegenheitsprodukt“ und wies den Vorstoß mit dem Hinweis zurück, dass „diese Idee jedenfalls in der Parteiagitation ganz neu ist. Weder enthält unser Minimalprogramm auch nur eine Erwähnung einer solchen Konstruktion, noch haben sich je unsere Parteitage oder internationale Kongresse damit befasst, noch ist sie auch nur in der Parteiliteratur je ernstlich diskutiert worden.“ In scharfer Form erklärte Rosa Luxemburg: „Jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr‘, gegen den ‚schwarzen Weltteil‘, gegen die ‚minderwertigen Rassen‘, kurz, es war stets eine imperialistische Missgeburt.“ ¹⁰

Ausgehend von den hier einleitend angeführten Zitaten präsentiert der vorliegende Beitrag – aus primär deutscher Perspektive – einen Überblick zur Einordnung und Entwicklung der transnationalen Parteienkooperation der sozialdemokratischen Parteienfamilie sowie

7 Karl Kautsky: Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier, in: Die Neue Zeit 30 (1911), S. 97–107, hier S. 105.

8 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart 1879, S. 182 f.

9 Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, 162. Sitzung, Bd. 266, Berlin 1911, Sp. 6142 f. Ein ebenfalls auf wirtschaftliche Facetten ausgerichtetes Plädoyer findet sich im Kontext der Heeresvorlage auch bei Philipp Scheidemann, der 1910 im Reichstag für einen „deutsch-französisch-englischen Völkerbunde“ plädierte. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, 97. Sitzung, Bd. 262, Berlin 1911, Sp. 3531.

10 Rosa Luxemburg: Friedensutopien, in: Leipziger Volkszeitung, 6. Mai 1911. Zit. nach Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906 – Juni 1911, Berlin (Ost) 1972, S. 491–508, hier S. 499 f.

ihrer europapolitischen Positionierungen. Untersucht werden soll dabei einerseits, welche längerfristigen Motive und Zielvorstellungen der europapolitischen Kooperation und Positionsbildung der SPD zugrunde lagen bzw. welche übergeordneten Leitbilder verfolgt wurden, andererseits aber auch welche Kontroversen zum Tragen kamen.¹¹ Mit dieser Akzentuierung ist beabsichtigt, in Ergänzung zu bisherigen Schwerpunkten der Forschung, den Blick verstärkt auf die Kontinuitäten und Brüche sozialdemokratischer Parteienkooperation und Europapolitik zu lenken: Die Wissenschaft kann sich zwar auf Überblicksdarstellungen zur Geschichte der europäischen Linken bzw. der europäischen Arbeiterbewegung stützen,¹² die Parteienkooperation und die europapolitische Positionierung bilden hier aber eher untergeordnete Aspekte.¹³ Besonderes Augenmerk soll den Quellen gewidmet werden. Eine systematische Quellenedition stellt ein dringendes Forschungsdesiderat dar,¹⁴ da zur sozial-

- 11 Vgl. zum Konzept des Leitbilds, unter dem im Folgenden Visionen, Werte und langfristige Ziele sowie Aussagen zu den allgemeinen Grundsätzen und Grundverständnissen einer Organisation verstanden werden, Katharina D. Giesel: *Leitbilder in den Sozialwissenschaften. Begriffe, Theorien und Forschungskonzepte*, Wiesbaden 2007.
- 12 Siehe in systematischer Perspektive William E. Paterson/Kurt Thomas Schmitz (Hg.): *Sozialdemokratische Parteien in Europa*, Bonn 1979 und Helga Grebing et al. (Hg.): *Sozialismus in Europa – Bilanz und Perspektiven*. Festschrift für Willy Brandt, Essen 1989.
- 13 Siehe hierzu insbesondere die in den 1990er Jahren und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts veröffentlichten Grundlagenstudien von Donald Sassoon: *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, London 1996; Gerd-Rainer Horn: *European Socialists Respond to Fascism: Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, Oxford 1996; Sheri Berman: *The Social Democratic Moment. Ideas and Politics in the Making of Interwar Europe*, Cambridge/Mass. u. a. 1998; Dietrich Orlow: *Common Destiny. A Comparative History of the Dutch, French and German Social Democratic Parties, 1945–1969*, Oxford 2000; Stefano Bartolini: *The Political Mobilisation of the European Left 1860–1980. The Class Cleavage*, Cambridge 2000; Stefan Berger: *Social Democracy and the Working Class in Nineteenth and Twentieth Century Germany*, Harlow 2000; Gianni Silei: *Welfare State e socialdemocrazia. Cultura, programmi e realizzazioni in Europa occidentale dal 1945 ad oggi*, Manduria 2000; Geoff Eley: *Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000*, Oxford 2002; Peter Van Kemseke: *Towards an Era of Development: The Globalisation of Socialism and Christian Democracy*, Leuven 2006. Gründe für Grenzen der vorliegenden Literaturlage zum Themenfeld werden näher erörtert in Jürgen Mittag/Berthold Unfried (Hg.): *The Memory of Labour and Social Movements: A Global Perspective/Arbeiter- und soziale Bewegungen in der öffentlichen Erinnerung: Eine globale Perspektive*, Leipzig 2011.
- 14 Demgegenüber liegen mittlerweile unterschiedliche Dokumentationen und Quellensammlungen zur Geschichte der Internationale „online“ vor. Siehe hierzu insbesondere die Archivseiten der Friedrich-Ebert-Stiftung <www.fes.de/archiv> und entsprechende europäische Kooperationsprojekte <labourhistory.net/> und <www.socialhistoryportal.org/>.

demokratischen Parteienkooperation und Europapolitik¹⁵ bislang nicht in vergleichbarer Form wie zur Christdemokratie gearbeitet wurde.¹⁶

Von den Anfängen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Im Kommunistischen Manifest diagnostizierten Karl Marx und Friedrich Engels eine von Nationalismus, Kapitalismus und Klassengegensätzen zerrüttete Gesellschaft der Industriestaaten des 19. Jahrhunderts. Mit ihren Überlegungen zum Sozialismus beabsichtigten sie den Weg in eine humanere, friedlichere und gerechtere Gesellschaft zu weisen. Wie diese Zielsetzung umzusetzen war, verdeutlichte die plakative Aufforderung am Ende des Manifests: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“¹⁷ Diese Forderung nach einer transnational bzw. global agierenden politischen Einheit des Proletariats wurde wesentlich für das Selbstverständnis der Arbeiterbewegungen, blieb jedoch zunächst Zukunftsrhetorik. Vor einer über die Grenzen des Nationalstaates hinwegreichenden Kooperation des Proletariats musste zunächst – in dieser Hinsicht waren sich die entstehenden sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen und Parteien in Europa einig – ein anderes Ziel anvisiert werden: die Überwindung des Kapitalismus in den einzelnen Nationalstaaten. Dieser Gedanke ist ebenfalls im Kommunistischen Manifest verankert, auch wenn die Passage nicht die entsprechende Aufmerksamkeit wie das Vereinigungsverdikt erfahren hat. Marx und Engels betonten, dass „der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler [sei]. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“¹⁸ Nur wenn die einzelnen Nationen diesen „Kampf“ erfolgreich bestehen, könne die Vereinigung des Proletariats erfolgen, die dann zur tatsächlichen „Befreiung“ der Menschheit führe – so die durchaus gängige Lesart des Manifests unter den Sozialisten im 19. Jahrhundert.

Trotz einer grundsätzlichen Zustimmung zu dieser Prioritätenfolge stellten angesichts ähnlicher Herausforderungen politische Bewegungen und Parteien zur Mitte des 19. Jahrhunderts Überlegungen an, ihre über nationalstaatliche Grenzen hinausreichende Koopera-

- 15 Eine hilfreiche, wissenschaftlich aber kaum beachtete Dokumentation wurde vom seinerzeitigen Europaabgeordneten Axel Schäfer initiiert. Vgl. SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament (Hg.): Thema Europa. „... als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“. Sozialdemokratie und Europa: Vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union, Bonn 1998. Zahlreiche der hier angeführten Quellen finden sich in dieser Dokumentation. Darüber hinaus verspricht eine aktuell in Druck befindliche quellengestützte Darstellung weiteren Aufschluss. Vgl. Willy Buschak: Die Vereinigten Staaten von Europa sind unser Ziel. Arbeiterbewegung und europäische Einigung im frühen 20. Jahrhundert, Essen 2013.
- 16 Vgl. Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hg.): Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965/Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens en Europe 1945–1965, München 2004.
- 17 Zit. nach Dowe/Klotzbach (Hg.), Programmatische Dokumente, S. 85.
- 18 Zit. nach ebd., S. 66.

tionen stärker zu forcieren.¹⁹ Die Umsetzung dieses Vorhabens gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht. Im Jahr 1864 wurde in London die Internationale Arbeiterassoziation gegründet, die unter dem Namen „Erste Internationale“ in die Geschichte eingegangen ist. Ziel der Internationalen war es dem Namen nach, Kooperationsstrukturen von sozialistischen Bewegungen über die Grenzen des Nationalstaats hinweg aufzubauen und zu festigen. Auch der Gedanke europäischer Integration fand zurückhaltend Beachtung. So hatte im Jahr 1866 ein Resolutionsentwurf der Deutschen Sektion der Internationalen zur Friedensfrage in Lausanne „die Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ gefordert.²⁰ Der konkrete Ausbau der internationalen Organisationsstrukturen verlief jedoch weitaus weniger dynamisch als erwartet. In den Statuten der Ersten Internationale war zwar der Grundsatz festgehalten worden, mit dieser Form der Zusammenarbeit die „Verbindung und Kooperation zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden (...) Arbeitergesellschaften“ zu stärken,²¹ doch greifbare Ergebnisse blieben aus. Nur wenige Jahre später sollte die Erste Internationale an unüberbrückbaren programmatischen, strategischen und theoretischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung scheitern,²² während einzelne Gewerkschaftsverbände begannen, sich stärker transnational auszurichten.²³

An die Idee der Ersten Internationale wurde im Juli 1889 in Paris – in Anlehnung an den 100. Jahrestag der Französischen Revolution – angeknüpft. Zwar wurde der Versuch einer Zweiten sozialistischen Internationale von Parteien unternommen, die bereits in einem höheren Maß über dauerhafte Organisationsstrukturen verfügten, doch blieben auch in diesem Fall sichtbare Erfolge aus. Die Zweite Internationale präsentierte sich kaum geschlossen, sondern vielmehr als lose Ansammlung von verschiedenen Parteien, die lediglich in sozialistischen Grundüberzeugungen und theoretischen Überlegungen übereinstimmten, ansonsten aber vielfach unterschiedliche Ansichten vertraten.²⁴ Obgleich die Internationalen in der Binnen- und Außenwahrnehmung als weitgehend wirkungslos betrachtet wurden, zeichnete sich um die Jahrhundertwende zunehmend deutlicher ab, dass transnationale Kooperationsstrukturen ein notwendiges Hilfsmittel im Kampf für den Sozialismus darstell-

19 Vgl. zu den europabezogenen Vorstellungen der SPD in dieser Zeitphase Tania M. Maync: *For a Socialist Europe! German Social Democracy and the Idea of Europe: Recasting Socialist Internationalism, 1900–1930*, (= Diss. Chicago) 2006.

20 Zit. n. Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation in Lausanne, in: *Der Vorbote. Politische und sozial-ökonomische Monatsschrift. Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation 9* (1867), S. 137–143, hier S. 142.

21 Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 16, Berlin (Ost) 1962, S. 14.

22 Vgl. zur Geschichte und Entwicklung der Internationale grundlegend Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*, 3 Bde., Hannover 1961–1971.

23 Vgl. Hartmut Simon: *Die Internationale Transportarbeiter-Föderation. Möglichkeiten und Grenzen internationaler Gewerkschaftsarbeit vor dem Ersten Weltkrieg*, Essen 1993.

24 Vgl. eingehender zur Zweiten Internationale und zum deutsch-französischen Verhältnis Ulrike Brummert: *Jean Jaurès – Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Tübingen 1989 und Markus Bürgi: *Die Anfänge der Zweiten Internationale. Positionen und Auseinandersetzungen 1889–1893*, Frankfurt am Main 1996.

ten. In diesem Zuge wurden nach langwierigen Verhandlungen auch dauerhaftere institutionell-organisatorische Formen der Sozialistischen Internationale verankert.²⁵

Die internationalen Sozialistenkongresse fanden in den folgenden Jahren zunehmend öffentlichkeitswirksamer statt, ihre politischen Resolutionen changierten jedoch weiterhin zwischen nationalen und internationalen Interessen. Zugleich dokumentierten die Sozialistenkongresse aber auch das im beständigen Loyalitätskonflikt zwischen Nationalstaat und Internationalismus zum Ausdruck kommende Spannungsverhältnis zwischen einzelnen nationalen Arbeiterbewegungen. Wie kontrovers sich das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlicher und internationaler Weltanschauung präsentierte, zeigte der rhetorische Schlagabtausch während des Amsterdamer Kongresses 1904: Der französische Sozialistenführer Jean Jaurès und der SPD-Vorsitzende August Bebel vertraten unvereinbare Positionen über die Frage der Zusammenarbeit mit Repräsentanten der bürgerlichen Klasse. Auch der erste auf deutschem Boden abgehaltene Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart – der eine Woche lang insgesamt 884 Delegierte aus 25 Ländern zusammenführte – machte deutlich, dass der Graben zwischen internationalen Bekundungen und nationalstaatlichen Handlungsorientierungen nur schwer zu überwinden war. Zuvor hatte im Jahr 1905 bereits Richard Calwer, Redakteur der Sozialistischen Monatshefte, die Linie des französischen Sozialistenführers als unrealistisch und illusionär kritisiert und erklärt: „Jaurès beschäftigt sich in dem Vortrag, den er in Berlin zu halten gedachte (...), eingehend mit den gegenseitigen Beziehungen der drei Länder, Frankreich, England und Deutschland. Sein Ideal ist ein einmütiges Zusammengehen der drei Nationen (...).“ So sehr er auch „die Bemühungen von Jaurès um die Herbeiführung guter Beziehungen“ schätzte, so falsch erscheine es ihm, „als Ideal einer europäischen Politik eine Harmonie zwischen Frankreich, England und Deutschland“ real vor Augen zu haben. Dennoch setzte auch Calwer auf die europäische Karte und erklärte: „Nichtsdestoweniger bleibt für Deutschland nur ein Weg übrig, seine wirtschaftliche Position zu behaupten und zu kräftigen: es muss auf eine Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Schranken zwischen den europäischen Ländern (...) hinarbeiten und den großen Markt, den es außerhalb Europas nicht finden kann, sich in Europa selbst zu schaffen suchen.“²⁶

Offene Meinungsverschiedenheiten und latente Spannungen zwischen Spitzenpolitikern der Parteien, wie sie etwa zwischen Jaurès und Bebel zum Ausdruck kamen, wurden bis 1914 von der grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus, die den gemeinsamen Bezugspunkt darstellte, übertönt. Der Erste Weltkrieg sollte indes zu einer tiefen Spaltung führen. Der bereits geplante Sozialistenkongress in Wien fand nicht mehr statt, während die Loyalität der nationalen Arbeiterbewegungen den jeweiligen Nationalstaaten galt. Im Zuge der Mobilisierung

25 Alle zwei Jahre sollte ein in nationale Sektionen eingeteilter Internationaler Kongress stattfinden, zudem wurde auch ein ständiges Internationales Sozialistisches Büro mit zwei Delegierten pro Land sowie ein Exekutivkomitee und ein Sekretariat mit Sitz in Brüssel eingerichtet.

26 Zit. nach Sozialdemokratie und Weltpolitik, in: Sozialistische Monatshefte 2 (1905), S. 741–749, hier S. 741 [Reprint 1986]. Die Sozialistischen Monatshefte waren das einzige Organ der deutschen Sozialdemokratie, das bis Mitte der 1920er Jahre stärker europäische ausgerichtete Zielsetzungen verfolgte.

stimmte sowohl die deutsche SPD als auch die französische Arbeiterpartei für die Kriegskredite und willigte in die „Burgfriedenspolitik“ im August 1914 ein.

Die Historikerin Helga Grebing hat stets darauf verwiesen, dass unter „Sozialdemokraten“ zum damaligen Zeitpunkt vor allem die europäischen Arbeiterbewegungen verstanden wurden. Die Welt war an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in erster Linie auf Europa konzentriert, auch wenn die Bedeutung der USA und Lateinamerikas zunahm. Andere Weltregionen spielten um 1900 hingegen vor allem als koloniale Objekte europäischen Handelns eine Rolle, jedoch kaum mit Blick auf Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Vorstellung eines zusammenwachsenden Europas war wohl auch wegen dieser eurozentrischen Dominanz in der Arbeiterbewegung bis 1914 kaum ausgeprägt. Es wurde nicht europaweit, sondern international gedacht. Stellungnahmen über Europa sind wegen der Bedeutung der internationalen Ebene unter Sozialdemokraten bis 1918 infolgedessen auch nur schwer auszumachen. Das Thema der europäischen Einigung bzw. der europäischen Integration schien für die sozialdemokratischen Parteien kaum eine Rolle zu spielen, sondern höchstens in wirtschaftspolitischen Fragen – mit dem konkreten Ziel der Erleichterung der Zollvorgaben und der Steigerung des Handels – von Bedeutung zu sein. Dementsprechend erklärte mit Heinrich Cuno ein weiterer Parteijournalist und Theoretiker. „Gelingt es aber, eine (...) Handels- und Zollverbindung zwischen den Mittelmächten herzustellen, dann ist ein großer Fortschritt erzielt“.²⁷

Während des Ersten Weltkriegs verschwand der Gedanke europäischer Integration und transnationaler Parteienkooperation von der politischen Tagesordnung. Seitens der sozialdemokratischen Theoretiker und Intellektuellen wurde aber schon während des Kriegs eine Verantwortung der deutschen Sozialdemokraten für das zukünftige Europa herausgestellt. Der „revisionistische“ Vordenker Eduard Bernstein schrieb bereits 1917: „Finanziell erschöpft und tief verschuldet, vieler wirtschaftlicher Sachgüter und eines gewaltigen Teils ihrer besten Männerkraft beraubt, so werden die Großstaaten Europas aus dem Kriege hervorgehen (...).“ Insbesondere seiner eigenen Partei sprach er die Pflicht zu, sich am Aufbau eines neuen Europas zu beteiligen: „Die Sozialdemokratie hat den Krieg nicht verhindert, der Europa zerrissen hat, bis jetzt auch nichts für seine Verkürzung ausgerichtet. Umso mehr erwächst ihr die Pflicht, am Neubau des kommenden Europas ihre ganze Kraft einzusetzen.“²⁸ Und auch Karl Kautsky hatte sich ein Jahr zuvor tief desillusioniert gezeigt, als er notierte: „Der übernationale Militärstaat, die Schützengrabengemeinschaft, durch Gräben, Stacheldrähte und Maschinengewehre abgeschlossen nach Ost und West – das sind die Vereinigten Staaten Europas, die heute von unseren Intellektuellen geträumt werden.“²⁹

27 Heinrich Cunow: Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Referat, gehalten auf der gemeinsamen Tagung der Führungsgremien der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten am 9. Januar 1916, hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1916, S. 22–34, hier S. 34.

28 Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Völkerpolitik. Die Sozialdemokratie und die Frage Europa. Gesammelte Aufsätze von Eduard Bernstein, Leipzig 1917, S. 205.

29 Karl Kautsky: Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa, Stuttgart 1916, S. 48.

Von der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Wie stark der Erste Weltkrieg das internationalistische Bekenntnis der Sozialdemokratie erschüttert hatte, zeigt sich zu Beginn der 1920er Jahre. Durch den Ersten Weltkrieg und die ungebrochene Loyalität gegenüber der Nation war die transnationale Kooperation in Frage gestellt und das Vertrauen nachhaltig erschüttert worden. Angesichts der Kriegserfahrungen wollten französische oder belgische Sozialisten zunächst nicht mehr mit deutschen oder österreichischen Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Stefan Berger hat herausgearbeitet, wie schwer es sich für sozialdemokratische Mittler – überwiegend aus England – gestaltete, an den Internationalismus der Vorkriegszeit anzuknüpfen.³⁰ Zwar wurde 1923 die Zweite Internationale als Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI) in Hamburg erneut belebt. Die regelmäßig stattfindenden Treffen und internationalen Kongresse boten aber erneut kaum mehr als ein Forum zum Meinungsaustausch. Kompromisse wurden nur schwerlich gefunden, lediglich bei allgemeinpolitischen Themen – etwa bei der sozialen und demokratischen Grundorientierung – gelang es, sich auf eine gemeinsame Linie und ein Konsensprogramm zu verständigen. In Detailfragen und bei der Umsetzung allgemeiner Grundsätze gingen die Meinungen und Einschätzungen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien hingegen weit auseinander. Diese Uneinigkeit gestaltete den politischen Alltag schwierig und verhinderte die einhellige und konsequente Umsetzung von Entscheidungen. Anders als unter den von Moskau aus gesteuerten Parteien der 1919 von Lenin gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) dominierten unter den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas vor allem divergierende nationale Sichtweisen und Standpunkte.

Dennoch bahnte sich in den 1920er Jahren unter den Sozialdemokraten ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit transnationaler Kooperation seinen Weg. Zunehmende persönliche Kontakte, die über Grenzen hinweg gepflegt wurden, verstärkte Reiseaktivitäten und eine intensivere Zusammenarbeit in der Parteipresse sowie bei Hilfs- und Unterstützungsaktionen sorgten dafür, dass sich der Gedanke der transnationalen Zusammenarbeit unter Sozialdemokraten im Laufe der 1920er Jahre verfestigen konnte. Transnationalen Kontakte fanden dabei einerseits bilateral, zwischen einzelnen Parteien, andererseits während der Treffen und Kongresse der Sozialistischen Arbeiterinternationale statt. Von zentraler Bedeutung war dabei das jeweilige Führungspersonal der Parteien, das auf nationaler Ebene zum Teil wichtige Partei- und oft auch Ministerämter innehatte. Doch nicht nur sozialdemokratische Parteien waren um eine verstärkte transnationale Zusammenarbeit bemüht, auch Gewerkschaftler suchten zunehmend die Kooperation über Grenzen hinweg. So engagierten sich sozialdemokratische Gewerkschaftler in einer eigenen Internationale, während Indust-

30 Vgl. Stefan Berger: Internationalismus als Lippenbekenntnis? Die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 197–214.

riegewerkschaften darüber hinaus noch transnational und nach Industrien organisierte Zusammenschlüsse etablierten.³¹

Als Folge dieser verstärkten Kooperationsanstrengungen rückte auch die konkrete Perspektive

der europäischen Integration ins Blickfeld. In der Weimarer Republik fanden – nachdem zunächst auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der erbitterte Widerstand gegen den als Diktat betrachteten Versailler Vertrag und gegen die Ruhrbesetzung dominiert hatte – die Stimmen derer zunehmendes Gehör, die für einen europäischen Zusammenschluss eintraten. Symbolträchtig stellte die SPD ihre Unterstützung des Europagedankens nach den Locarno-Verträgen mit der Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ im Heidelberger Programm von 1925 unter Beweis. Trotz der friedensstiftenden Bedeutung, die einem vereinten Europa zugeschrieben wurde, dominierten unter den deutschen Sozialdemokraten zunächst aber unverändert wirtschaftliche Motive und Argumente beim Plädoyer für den Europagedanken. So heißt es im Heidelberger Programm ausführlicher: Die SPD „tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“³² Auch Hermann Kranold, Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte und Mitglied des Hannoveraner Kreises der Jungsozialisten, verstand die europäische Frage in erster Linie als ein wirtschaftliches Problem. Auf einer Tagung führte er aus: „Das Problem der Vereinigten Staaten von Europa ist nicht oder doch erst in dritter und vierter Linie ein Problem der Schaffung politischer Formänderungen in Europa. Es ist allein oder doch in erster Linie das Problem, zwischen den Völkern Europas wirtschaftspolitische Verhältnisse herzustellen, die ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen, die einen einheitlichen europäischen Markt herstellen (...).“³³ Auf einer Reihe von Treffen von deutschen, belgischen und französischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern wurden entsprechende ökonomisch induzierte Überlegungen weiter vertieft.

Es gab jedoch auch andere Stimmen. So sah Otto Wels den Vertrag von Locarno als Chance für einen Neuanfang mit Perspektiven für die politische Entwicklung in Europa. Im Reichstag erklärte er in diesem Sinne: „Jetzt erst beginnt sich das Verständnis dafür zu regen, dass wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaft miteinander

31 Vgl. Willy Buschak: Edo Fimmen. Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biografie, Essen 2002 und ders.: Der große Umbau der europäischen Wirtschaft: Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und die europäische Einigung, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 42 (2009), S. 25–42.

32 Zit. nach Dowe/Klotzbach (Hg.), Programmatische Dokumente, S. 219 f.

33 Hermann Kranold: Vereinigte Staaten von Europa. Eine proletarische Aufgabe. Vortrag, gehalten auf einer Tagung der Jungsozialisten in Hann.-Münden, Pfingsten 1924, Hannover 1924, S. 10 ff.

verbunden sind, dass unsere inneren Händel und Streitigkeiten Erbärmlichkeiten sind und dass wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen sein wollen.“³⁴

Mit diesem klaren Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit blieb Otto Wels in der SPD jedoch eher eine Ausnahme: Die Mehrheit der Sozialdemokraten begegnete dem Gedanken der Einigung Europas ebenso wie dem der Kooperation in internationalen Organisationen weiterhin mit einer gewissen Zurückhaltung. Die allgemeine Skepsis und Zögerlichkeit kommt auch in den zahlreichen Stellungnahmen zum Ausdruck, in denen der Völkerbund primär als französisch-englisches Instrument zur Niederhaltung Deutschlands bezeichnet wird.

Außen- oder europapolitische Themen blieben darüber hinaus in den 1920er Jahren vage und unkonkret, da zahlreiche Probleme im Inneren schlichtweg dringender schienen. Für die führenden SPD-Politiker stand in dieser Zeitphase jedenfalls die Innenpolitik im Mittelpunkt. Eine der wenigen Ausnahmen war Rudolf Breitscheid, der als „außenpolitischer Sprecher“ seiner Partei vor allem für die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses als Voraussetzung für eine europäische Einigung eintrat. Stefan Feucht kommt in seiner grundlegenden Studie über die Außenpolitik der SPD zu dem Ergebnis, dass die Weimarer Sozialdemokraten keine eigenständigen, genuin sozialdemokratischen europapolitischen Pläne entwarfen. Vielmehr beschränkten sie sich darauf, die Politik des langjährigen liberal-konservativen deutschen Außenministers Gustav Stresemann (DVP) entweder zu unterstützen oder leicht zu modifizieren. Rudolf Breitscheid kritisierte 1925 im Reichstag das Kabinett Luther mit den Worten: „Auf der einen Seite baut es durch den Sicherheitspakt, durch die Schiedsverträge an dem stolzen Gebäude der Zukunft, dem Gebäude der Vereinigten Staaten von Europa, und mit der anderen Hand wälzt es Hindernis auf Hindernis in den Weg einer Entwicklung auch nur zu einer europäischen Zollunion.“³⁵ Konkrete Alternativstrategien entwickelte die deutsche Sozialdemokratie jedoch nicht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht sonderlich überraschend, dass der bis dahin umfassendste Vorstoß in Richtung eines geeinten Europas in den 1920er Jahren – die Europainitiative des französischen Außenministers Aristide Briand vor dem Völkerbund im September 1929 – unter Sozialdemokraten nur ein begrenztes Echo fand.³⁶ Es war Rudolf Breitscheid, der sich für den Europa-Plan des französischen Außenministers einsetzte und hervorhob, den „Grundsatz Briands (...), daß eine stärkere Annäherung der europäischen Staaten, eine bessere Organisation der europäischen Staaten eine Notwendigkeit ist, durchaus [zu] begrüßen und für durchaus berechtigt [zu] halten“.³⁷ Aber auch Breitscheid stellte sich nicht vorbehaltlos

34 Reichstagsrede am 24. November 1925, abgedr. in: Verhandlungen des Reichstages, 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 388, Berlin 1926, S. 4458–4493, hier S. 4492 f.

35 Reichstagsrede am 22. Juli 1925, abgedr. in: Verhandlungen des Reichstages, 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Berlin 1925, S. 3399.

36 Vgl. Stefan Feucht: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933), Frankfurt am Main u. a. 1998. Siehe auch Patrick Wrynn: *The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919–1930*, Amsterdam 1976.

37 Reichstagsrede am 25. Juni 1930, zit. nach Verhandlungen des Reichstages, 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 428, Berlin 1930, S. 5819–5826, hier S. 5825 f.

hinter die Initiative, sondern betonte, dass zwischen Deutschland und den Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs noch keine Gleichberechtigung herrsche, eine solche aber essenziell für den europäischen Gedanken an sich sei: „Das ist (...) eine der wesentlichen Forderungen, die die deutsche Regierung zu stellen hat, wenn sie an die Verhandlungen mit Briand und mit anderen Mächten herantritt, um über die Möglichkeit des europäischen Paktes zu sprechen.“³⁸

Mit der Machtübernahme Hitlers, dem Reichstagsbrand, den Märzahlen und dem Verbot der SPD änderte sich die politische Lage für die deutsche Sozialdemokratie grundlegend. Innerhalb weniger Monaten wurde der SPD jedwede Grundlage zur freien politischen Betätigung entzogen. Zahlreiche Sozialdemokraten waren gezwungen, in die Tschechoslowakei, die Niederlande, nach Großbritannien oder nach Frankreich zu emigrieren, darunter auch Rudolf Breitscheid, der 1933 über die Schweiz nach Frankreich emigrierte. Obwohl die Bedingungen von Emigration, Exil und Widerstand die Notwendigkeit zur Kooperation nahe legten, war hiervon in der Praxis nur mit Einschränkung die Rede. Zu einer transnationalen Parteienkooperation der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien kam es infolge der höchst komplizierten Situation nicht, in der es im Ermessen der einzelnen sozialdemokratischen Parteien Europas lag, sich konsequent gegen Hitler auszusprechen oder eine eher neutrale Haltung gegenüber dem NS-Regime zu beziehen. Während die deutschen Emigranten für eine geschlossene Ablehnung der Nationalsozialisten plädierten und im Umkreis der Sopade, der sozialdemokratischen deutschen Exilorganisation, vor einer scheinbar grenzenlosen nationalsozialistischen Eroberungspolitik in Europa warnten, verfolgten die Schwesterparteien hingegen eine weitaus flexiblere Politik.³⁹ Die Mahnungen der deutschen Sozialdemokraten blieben vor diesem Hintergrund in vielen Fällen wirkungslos – so unterstützten die französischen Sozialisten etwa das Münchener Abkommen. Von einem tatsächlichen Einfluss der emigrierten deutschen Sozialdemokraten auf die Meinungen ihrer ausländischen Parteifamiliengenossen oder von einer geschlossenen Haltung der europäischen Sozialdemokraten angesichts der drohenden Gefahr eines Zweiten Weltkriegs konnte kaum die Rede sein. Ebenso wie 1914 löste sich die Sozialistische Arbeiterinternationale im Frühjahr 1940 auf.

Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs sowie den damit verbundenen Schrecken und Opfern geriet in den 1940er Jahren zunehmend die Frage ins Blickfeld, wie eine entsprechende Entwicklung künftig verhindert werden könnte. Erneut diskutierten Sozialdemokraten die Möglichkeiten einer dauerhaften Friedenssicherung in Europa und setzten dabei entweder auf die Etablierung einer internationalen Schiedsorganisation oder auf die Überwindung des Nationalstaats. Ein Teil der Sozialdemokraten, zu denen auch Rudolf Hilferding zählte, hielt an der alten Idee eines Völkerbundes fest, und erklärte: „Eine andere Frage

38 Zit. nach ebd.

39 Vgl. umfassend zu den im Exil ausgearbeiteten Konzepten transnationaler Kooperation Stefan Behring: Zwischen Sozialismus und Demokratie: Europakonzeptionen des sozialdemokratischen Exils im Schatten transnationaler Parteienkonflikte, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 229–250.

ist, was geschehen kann, um den Zustand der Desorganisation in Deutschland zu überwinden (...). Es gibt auf diese Frage nur die eine Antwort, die bereits 1918 gegeben wurde: Schaffung eines Völkerbundes.“⁴⁰ Die Gruppe „Neu Beginnen“ hatte 1938 ebenfalls den „Aufbau Europas in einem reorganisierten Völkerbund“ gefordert, betonte aber auch die zentrale Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses: „Diese deutsch-französische Verständigung wird das wichtigste Element eines neuen Europas sein. Sie wird den Nationalismus abbauen und einer europäischen Gesinnung den Weg ebnen. Das ist notwendig, wenn es zu einem neuen Europa kommen soll.“⁴¹

Neben der Idee eines globalen Sicherheitssystems wurde immer wieder auch die Notwendigkeit einer neuen föderativen Ordnung Europas erörtert, die auf die Überwindung des diskreditierten Nationalstaates zugunsten supranationaler Strukturen abzielte. Die Union der deutschen Sozialisten in Großbritannien konstatierte beispielsweise im Jahr 1943 in ihren „Richtlinien für die Internationale Politik“, dass sie sich „für eine Föderation aller europäischen Völker“ einsetze. Die vollständige nationalstaatliche Souveränität sei ihr zufolge „nicht länger mit dem wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa“ vereinbar.⁴² Und im Buchenwalder Manifest, das u. a. von Hermann Brill mitverfasst wurde, hieß es im April 1945: „Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatsgemeinschaft zu kommen, die unserem schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinschaft Ordnung und Wohlstand verspricht.“ Ausschließlich durch ein zu schaffendes „europäisches Gesamtbewußtsein“, so die Schlussfolgerung, könne der Frieden garantiert werden.⁴³

Vom Marshall-Plan bis zum Maastrichter Vertragswerk

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte eine neue Phase transnationaler Parteienkooperation in Europa. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft konnten Parteien in (West-)Europa nicht nur wieder frei agieren, sie fanden mit den neu etablierten Strukturen internationaler Organisationen und supranationaler Willensbildung auch ein neues Bezugs- und Betätigungsfeld. Vor allem nach Winston Churchills Europarede in Zürich und den fast zeitgleichen Aktivitäten der europäischen Förderalisten in Hertenstein gewann der Europagedanke zunehmend an Attraktivität. Dies spiegelte sich auch in der Formierung der

40 Referat, gehalten vor dem Exilvorstand der SOPADE am 29. Januar 1940, zit. nach Walter Lipgens (Hg.): Documents on the History of European Integration, Bd. 1: Continental Plans for European Union 1939–1945, Berlin/New York 1985, Mikrofichebeilage, Dokument 209.

41 Zit. nach ebd., Dok. 12.

42 Entschließung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943, in: Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hg.): Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, London 1945, S. 16 f.

43 Zit. nach Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration, Mikrofichebeilage, Dok. 146.

Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) wider, die 1947 von sozialistischen Parteiführern und Intellektuellen gegründet worden war.⁴⁴

Zunächst hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg den Anschein, als würde der Gedanke der europäischen Einigung – unter sozialistischen Vorzeichen – zum zentralen Leitbild sozialdemokratischer Außenpolitik avancieren. So findet sich in den politischen Leitsätzen des Parteitags in Hannover von 1946 ein prägnantes proeuropäisch orientiertes Statement: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.“⁴⁵

Mit ihrer Zustimmung zum Marshall-Plan, mit ihren Stellungnahmen im Rahmen des Nürnberger Parteitags im Juni und Juli 1947 sowie mit ihrer Teilnahme am Föderalistenkongress in Montreux im August 1947⁴⁶ untermauerte die SPD diese Position noch zusätzlich.⁴⁷ So hatte Kurt Schumacher auf dem Nürnberger Parteitag die Bedeutung des Marshall-Plans für eine Annäherung auf europäischer Ebene betont und erklärt: „Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein.“ Das deutsch-französische Verhältnis fand in diesem Zusammenhang immer wieder Beachtung, war es doch in den Augen Schumachers „nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.“⁴⁸ Im Laufe des Jahres 1948 trat das pro-europäische Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie jedoch in den Hintergrund und auch die Bereitschaft, die Entscheidungen über die nächsten Etappen europäischer Einigung parlamentarisch zu unterstützen, schlug in das Gegenteil um. Stattdessen gerieten die deutschen Sozialdemokraten in den Ruf, der Idee der europäischen Einigung skeptisch bis ablehnend gegenüberzustehen. Dieses Bild von einer europakritischen Haltung wurde vor allem dadurch geprägt, dass die SPD zahlreiche weitere Kooperationsbe-

44 Vgl. Wilfried Loth: Die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE), in: ders. (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn 1990, S. 219–226.

45 Vgl. Kurt Schumacher: Grundsätze sozialistischer Politik, zit. n. Ossip K. Flechtheim: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963, S. 17–23, hier S. 22 f.

46 Auf dem Kongress der Union Européenne des Fédéralists (UEF) in Montreux wurde beschlossen, die „Generalstände Europas“ aufzubauen, die als verfassungsgebende Organisation eines europäischen Zusammenschlusses gegen die Regierungen der Nationalstaaten auftreten sollten.

47 Vgl. aus historischer Sicht Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt am Main 1986 und Rolf Steininger: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1979 sowie grundlegend aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zu den europapolitischen Ambivalenzen der Sozialdemokratie in der Zeitphase nach dem Zweiten Weltkrieg Rudolf Hrbek: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945–1957), Bonn 1972; Juliet Lodge: The European Policy of the SPD, Beverly Hills/London 1976 und Richard T. Griffiths (Hg.): Socialist Parties and the Question of Europe in the 1950's, Leiden 1993.

48 Referat, gehalten auf dem Nürnberger Parteitag am 29. Juni 1947, zit. nach Willy Albrecht (Hg.): Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, Berlin/Bonn 1985, S. 486–517, hier S. 488 f.

mühungen der 1940er und 50er Jahre – so etwa das Ruhrstatut, den Europarat, die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – ablehnte.

Den Wendepunkt in der sozialdemokratischen Europahaltung markierte die Entscheidung über die Teilnahme am Haager Kongress im Mai 1948.⁴⁹ Für die Deutschen bot die Teilnahme am Haager Kongress eine der ersten Möglichkeiten nach Kriegsende, wieder als (gleichberechtigter) Partner auf dem internationalen Parkett in Erscheinung zu treten. Die Delegation, die die westdeutschen Länder bzw. Besatzungszonen repräsentierte, war prominent besetzt, parteipolitisch jedoch einseitig zusammengesetzt, da der Parteivorstand der SPD entschieden hatte, auf die Teilnahme am Haager Kongress zu verzichten. Die Folge war, dass die komplette Führungsriege der deutschen Sozialdemokratie in Den Haag fehlte. Der Verzicht auf die Teilnahme am Haager Kongress stand in engem Zusammenhang mit der Haltung der sozialdemokratischen „Schwesterpartei“ in Großbritannien. Die britische Labour-Party und ihr Parteichef Emanuel Shinwell waren nicht gewillt, an einer Veranstaltung mitzuwirken, in der der Oppositionsführer Winston Churchill eine zentrale Position einnahm. Da befürchtet wurde, dass Churchill seine exponierte Stellung beim Kongress innenpolitisch in Großbritannien ausnutzen könne, entschied die Labour Party, den Kongress zu boykottieren. Dieser Entscheidung schlossen sich andere sozialdemokratische bzw. sozialistische Parteien, wie etwa die französische SFIO, an, um ihre Solidarität mit der britischen Labour Party zu bekunden.⁵⁰ Auch die SPD kam – ungeachtet des Umstands, dass bereits mehr als 30 britische Labour-Abgeordnete und Gewerkschafter um den Föderalisten Ronald Mackay ihre Beteiligung zugesagt hatten – überein, den sozialdemokratischen Repräsentanten aus Deutschland die Teilnahme an der Veranstaltung zu untersagen. Dieser Entschluss wird vor allem auf die Haltung Kurt Schumachers zurückgeführt, dem es auch in dieser Situation gelang, die SPD nahezu geschlossen hinter sich zu scharen.⁵¹

Kurt Schumacher hatte als erster Nachkriegsvorsitzender der SPD seit Beginn des Jahres 1948 den Gedanken der Gleichberechtigung Deutschlands stärker in den Mittelpunkt gerückt und setzte verstärkt auf das klassische europäische Gleichgewichtskonzept unabhän-

49 Siehe hierzu Jürgen Mittag: Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Volker Depkat/Piero Graglia (Hg.): Die Entscheidung für Europa. Das Epochenbewusstsein deutscher und italienischer Politiker und das Projekt der europäischen Integration, Berlin/New York 2010, S. 263–290.

50 Bereits auf einem Treffen des „International Committee for Study and Action for the United Socialist States of Europe“ im Oktober 1947 in Paris hatte man sich gegen eine Zusammenarbeit mit den „bürgerlichen Einigungsbewegungen“ ausgesprochen. Vgl. hierzu Wilfried Loth: Die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE), in: ders. (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950, Bonn 1990, S. 220–226, hier S. 222.

51 Mit Wilhelm Keil, Präsident des württemberg-badischen Landtags, widersetzte sich ein bekannter „altgedienter“ Sozialdemokrat den Maßgaben der Parteiführung und nahm am Haager Kongress teil. Mit Heinrich Zinnkann, zu diesem Zeitpunkt hessischer Minister für Inneres und Wiederaufbau, nahm ein weiterer Sozialdemokrat am Haager Kongress teil. Hinter Zinnkanns Namen ist in der offiziellen Delegiertenliste – im Gegensatz zu Keil – aber keine Parteibezeichnung aufgeführt, so dass er zumindest in der offiziellen Zuschreibung nicht als Sozialdemokrat geführt wurde.

giger Nationalstaaten.⁵² Auf dem Hamburger Parteitag von 1950, auf dem rege über den Beitritt zum Europarat diskutiert wurde, stellte Schumacher fest, dass die „Diskussion in Deutschland (...) heute sehr weitgehend von innenpolitischen, parteipolitischen, machtpolitischen und klassenpolitischen Motiven bestimmt“ sei. Er betonte, dass „Europa als Zusammenarbeit freier Völker (...) für die Sozialdemokratie ein hoher unerschütterlicher Wert in sich und an sich“ sei.⁵³ Innen- wie außenpolitische Irritationen stellten sich jedoch ein, als der sozialdemokratische Parteichef einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Integration herstellte: „Wir Sozialdemokraten betrachten die deutsche Einheit (...) als eine europäische Angelegenheit. Tatsächlich lehnen wir eine Politik mancher Alliierten ab, die aus der Zerreißung Deutschlands (...) eine bessere praktische Handhabung der europäischen Politik ableiten wollen“. Kurt Schumacher zufolge machte erst die Wiedervereinigung Deutschlands die Realisierung einer europäischen Gemeinschaft möglich. Auf eine Kurzformel zusammengefasst lautete die Prioritätenfolge der Schumacher-SPD bis weit in die 1950er Jahre hinein: deutsche Einheit vor europäischer Integration. Diese Schwerpunktsetzung hatte indes zur Konsequenz, dass die grundsätzlich integrationsoffene bis integrationsfreundliche Haltung der SPD ohne eine konkrete Perspektive auf deutsche Wiedervereinigung bedeutungslos bleiben musste. Von Schumacher wurden dementsprechend in der Folge auch keine Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung eines europäischen Zusammenschlusses gemacht. Auf dem Hamburger Parteitag verkündete er dann auch, dass eine „Realisierung des Schumann-Vorschlages und ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts und ein weiteres Funktionieren dieser interalliierten Ruhrbehörde (...) unvereinbar miteinander“ seien. „Das eine oder das andere, beides zusammen ist für uns unmöglich.“ Die Haltung Schumachers war jedoch innerhalb der SPD nicht unumstritten wie Reaktionen von Parteikollegen verdeutlichten. Max Brauer beispielsweise vertrat die Meinung, „dass die Ablehnung, nach Straßburg zu gehen, geradezu ein Unglück und eine falsche Politik ist (...)“. Brauer sah Straßburg als „Ausgangspunkt großer Möglichkeiten.“ Die Ausschlagung dieser Möglichkeit bedeutete für Brauer eine verpasste Chance und die Gefahr einer Isolierung Deutschlands. In diesem Sinne betonte auch Paul Löbe: „Ich bin der Meinung, dass die deutsche Sozialdemokratie einen anderen Weg gehen muss, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.“ Auch wenn die Haltung Schumachers unter den Genossen teilweise kritisch gesehen wurde, verhallten Stimmen, die andere Wege wie-

52 Vgl. hierzu Wolfgang Benz: Kurt Schumachers Europakonzeption, in: Ludolf Herbst/Werner Bühner/Hanno Sowade (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG, Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 47–61. Wolfgang Müller: Die europapolitischen Vorstellungen von Kurt Schumacher 1945–1952. Eine Alternative für Deutschland und Europa?, Stuttgart 2003 sowie aus britischer Sicht Peter Eisenmann: Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Führung von Kurt Schumacher und ihre Beurteilung aus Sicht der englischen Presse (1945–1952), Diss. Univ. Erlangen 1974.

53 Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o. O. o. J., S. 62–164, die folgenden Textpassagen sind zit. nach SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament (Hg.): Thema Europa. „... als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“. Sozialdemokratie und Europa: Vom Völkerfrühling 1848 bis zur politischen Union, Bonn 1998, S. 43–51.

sen, weitgehend wirkungslos, so dass die deutsche Sozialdemokratie in den 1950er Jahren insgesamt als wenig integrationsfreundlich wahrgenommen wurde. Lediglich durch ihr traditionelles Bekenntnis zur internationalen Kooperation, das aber vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungslinien vage blieb, wahrte die SPD ihre Rolle als eine Partei, die den Europagedanken unterstützte.

Erst durch die Arbeit der Sozialdemokraten in der EKGS-Versammlung, durch Herbert Wehners und Erich Ollenhauers Mitwirkung im sogenannten Monnet-Komitee⁵⁴ sowie durch die Zustimmung der Partei zu „Messina“ und den Römischen Verträgen knüpfte die SPD zum Ende des Jahrzehnts wieder an ihre integrationsfreundlicheren Leitbilder an. Wilhelm Mellies, seit 1949 Mitglied des Bundestags und nach dem Tod Kurt Schumachers stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender, legte 1957 die Gründe für die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu den Römischen Verträgen dar: Zum einen seien „europäische Zusammenarbeit und Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus (...) alte Grundgedanken sozialdemokratischer Politik.“ Die Römischen Verträge entsprächen, so Mellies, „in entscheidenden Punkten unseren Zielen. Die Sozialdemokratische Partei wird mit ihren Bruderparteien daran arbeiten, daß dieses schwierige und für Europas Zukunft bedeutsame Werk mit friedlichem, mit sozialem und mit demokratischem Geist erfüllt wird.“⁵⁵ Zwei Jahre später fand das Konzept der europäischen Integration auch den Weg in das Godesberger Programm von 1959. Im neuen Grundsatzprogramm wurde festgehalten, dass die Zeichen der Zeit für eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten sprechen. Solch eine Zusammenarbeit, „die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen“ müsse, werde von der SPD aktiv bejaht.⁵⁶ Unter dem Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer und später vor allem unter Willy Brandt stand die SPD wieder verstärkt im Ruf, eine Partei zu sein, die den Gedanken der europäischen Integration unterstütze und voranbringe. Sichtbarster Ausdruck der außenpolitischen „Kehrtwende“ der SPD war Herbert Wehners berühmte Bundestagsrede vom 30. Juni 1960, die allerdings auch eine starke Abgrenzung gegenüber Osteuropa enthielt. Nachdem die Kommunisten bereits zur Spaltung Europas beigetragen hätten, so Wehner, müsse alles erdenklich mögliche „in die Wege geleitet werden, damit es in einer breiten Gemeinschaft zusammenarbeiten kann.“⁵⁷

- 54 Das überparteilich zusammengesetzte „Aktionskomitee für Europa“ vereinte zunächst führende Politiker und Gewerkschafter aus den EGKS-Gründerstaaten, die dem Gedanken der politischen Integration des Kontinents neuen Auftrieb geben sollten.
- 55 Erklärung im Namen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im Deutschen Bundestag am 5.7.1957, in: Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte, 224. Sitzung, 5.7.1957, S. 13347 ff.
- 56 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, zit. nach Klotzbach/Dowe (Hg.), Programmatische Dokumente, S. 349–370, hier S. 367 f.
- 57 Bundestagsrede anlässlich der außenpolitischen Debatte am 30.6.1960, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 46, Bonn 1960, S. 7052–7061, hier S. 7055 f.

Vor allem Willy Brandt, der seit 1966 als Außenminister in der Großen Koalition und seit 1969 als Kanzler der sozialliberalen Koalition fungierte, war schließlich wesentlich dafür verantwortlich, dass die SPD in den 1960er nicht mehr als Hemmschuh der Integration, sondern als deren Verfechterin wahrgenommen wurde.⁵⁸ Festzuhalten ist, dass sich das euro-pabezogene Image der SPD von den 1950er zu den 1960er Jahren grundlegend gewandelt hatte: Die „integrationsskeptische Partei in den 1950er Jahren“ durchlebte „in den 1960er Jahren eine Metamorphose zur europhilen Partei“ wie die Essener Integrationsforscherin Claudia Hiepel herausstellte.⁵⁹ Als Regierungspartei unter Kanzler Helmut Schmidt intensivierte die SPD in den 1970er Jahren ihr europabezogenes Engagement, zum Teil in enger Abstimmung mit Frankreich,⁶⁰ erneut.⁶¹ Und auch zum Ende der 1980er Jahre hielt die SPD an ihrer pro-europäischen Haltung fest, die sogar eine stärker föderalistische Akzentsetzung erhielt. Im Berliner Grundsatzprogramm hieß es dementsprechend: „Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln, in denen die kulturelle Identität bewahrt, sprachlich-kulturelle Minderheiten respektiert und für alle Bürger gleiche Freiheiten und gleiche Entwicklungschancen gesichert werden.“⁶² Aus diesen Leitsätzen wurden konkrete politische Forderungen abgeleitet, u. a. „volle Rechte für das Europäische Parlament, eine handlungsfähige, parlamentarisch verantwortliche Regierung, klar umrissene Zuständigkeiten und europäische Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen eine sozialstaatliche Ordnung in ganz Europa“, lautete eine weiterer europapolitischer Kernsatz des Programms.⁶³ Unverändert wurde der Gedanke eines vereinten Europas eng mit der Idee des Friedens verbunden: „Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und der Souveränität aller Staaten.“⁶⁴ Auch im Leipziger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie in der DDR (SDP) wurde auf Europa als Friedensgemeinschaft Bezug genommen, wenn als Ziel „eine gesamteuropäische Friedensordnung auf

58 Vgl. hierzu Markus Bernath: *Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der neuen Ostpolitik 1969–1974*, Baden-Baden 2001 und Claudia Hiepel: *Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise*, München 2012.

59 Vgl. Claudia Hiepel: „Europa gehört keiner Partei“: Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 271–288, hier S. 274. Siehe auch Paul Friedrich: *The SPD and the Politics of Europe. From Willy Brandt to Helmut Schmidt*, in: *Journal of Common Market Studies* 8 (1975), S. 432–439 und Nicole Leuchtweis: *Deutsche Europapolitik zwischen Aufbruchstimmung und Weltwirtschaftskrise: Willy Brandt und Helmut Schmidt*, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet et al. (Hg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Opladen 2002, S. 63–114.

60 Hélène Miard-Delacroix: *Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982)*, Bern u. a. 1993.

61 Siehe hierzu Thomas Birkner: *Comrades for Europe? Die ‚Europaredé‘ Helmut Schmidts 1974*, Bremen 2005. Birkner geht in seiner Studie auch umfassender auf die Herausbildung der sozialdemokratischen Europapolitik ein.

62 Zit. nach Dowe/Klotzbach, *Programmatische Dokumente der Sozialdemokratie*, S. 386 f.

63 Ebd.

64 Ebd.

der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa“ ausgegeben wurde.⁶⁵

Mit der Orientierung am Leitbild einer zu vertiefenden europäischen Integration gewann auch die grenzüberschreitende Parteienkooperation der SPD weiter an Bedeutung. Dabei kann zwischen der bilateralen Zusammenarbeit und der Kooperation im Rahmen der SPE – dem Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien Europas – unterschieden werden. Das Beispiel der Zusammenarbeit zwischen der deutschen SPD und der französischen SFIO (Section française de l'internationale ouvrière) bzw. der aus ihr hervorgegangenen Parti Socialiste zeigt, wie unsystematisch und zum Teil auch wie schwierig die bilateralen Kooperationen verlief.⁶⁶ Während die deutschen Sozialdemokraten erst in den späten 1950er Jahren wieder stärker den Integrationsgedanken befürworteten, bezog die französische Arbeiterpartei bereits nach dem Zweiten Weltkrieg und bis weit in die 1960er Jahre hinein eine pragmatisch-positive Einstellung zur Europapolitik. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Leitbilder im Allgemeinen, aber auch divergenter politischer Positionen bei konkreten Detailfragen im Einzelnen kam es zwischen beiden Parteien in dieser Zeitphase nie zu dauerhaft verfestigten Interaktionsstrukturen. In den 1970er Jahren wandelten sich dann die Positionen von SPD und PS grundlegend. Nunmehr zeigte sich die deutsche Sozialdemokratie weitaus integrationsoffener als ihre französische Schwesterpartei, die unter Mitterrand beträchtliche Gegensätze zwischen den einzelnen Flügeln auszubalancieren hatte und zudem als Oppositionspartei den Schulterschluss mit den Kommunisten suchte. Erst in den 1980er Jahren, im Gefolge der Direktwahlen zum Europäischen Parlament, näherten sich beide Parteien wieder schrittweise an.⁶⁷ Die PS betrieb jedoch eine aktivere Europapolitik und präsentierte sich in den 1990er Jahren als Vorreiterin eines „sozialen Europas“, das den Gegenpol zum Binnenmarktprogramm bilden sollte, während die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit der britischen Labour Party stärker die Perspektiven einer „neuen sozialen Mitte“⁶⁸ auslotete.⁶⁹ Intensivere Kontakte beider Parteien waren auf die Initiative einzel-

65 Beschlossen auf dem Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig 25. Februar 1990, zit. nach: ebd., S. 447–490, hier S. 489 f.

66 Vgl. zum Folgenden vor allem Tanja Wielgoß: PS und SPD im europäischen Integrationsprozess. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989 bis 2001, Baden-Baden 2001 sowie Wilfried Loth: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas, 1940–1950, Stuttgart 1977 und Ulrike Guérot: Die PS und Europa. Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971–1995, Bochum 1996.

67 Siehe zur Haltung der SPD in den frühen 1980er Jahren vor allem die Stellungnahmen von Katharina Focke, die bei den zweiten Direktwahlen zum EP auch als Spitzenkandidatin der deutschen Sozialdemokratie fungierte. Katharina Focke: Trotz alledem – Europa, Bonn 1984 und dies. (Hg.): Die Europäisierung des Grundsatzprogramms der SPD. Anstöße zu einem gemeinsamen Konzept der demokratischen Linken in Europa, Bonn 1985.

68 Vgl. Tony Blair/Gerhard Schröder: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, Bonn/London 1999.

69 Vgl. hierzu die folgenden sozialwissenschaftlichen Studien: Martin Große Hüttmann/Christian Roth: Die Europapolitik der SPD vor der deutschen Ratspräsidentschaft. Erste Orientierungen in der Regierungsverantwortung, in: WIP Occasional Papers 3 (1998), S. 3–35; Gisela Müller-Brandeck-Bocquet:

ner Politiker, insbesondere aus der Führungsriege, zurückzuführen, jedoch nicht dauerhaft angelegt. Dies zeigte sich, als infolge zahlreicher personeller Wechsel in den Parteiführungen Kooperationsaktivitäten immer wieder verebbten. Die Beziehungen zwischen PS und SPD blieben damit auf eine Kontaktstufe begrenzt.⁷⁰ Eine regelmäßige oder gar dauerhafte institutionalisierte Kooperation wurde nie erreicht. Die Anzahl der Treffen war gering, gemeinsame Stellungnahmen blieben eine Ausnahme oder Begegnungen wurden von vornherein lediglich mit dem Ziel eines unverbindlichen Informationsaustausches anberaumt. Der größte gemeinsame Nenner beider Parteien blieb ihre Schwierigkeit, Wähler für spezifisch europäisch ausgerichtete Forderungen zu mobilisieren.

Ähnliche Tendenzen lassen sich – soweit bislang erforscht – auch für andere bilaterale Kooperationsmuster von sozialdemokratischen Parteien ausmachen. Es existieren mittlerweile zwar zahlreiche überblicksartig angelegte Arbeiten, jedoch nur wenige Studien, die explizit die grenzüberschreitende Interaktion zwischen zwei Parteien systematisch in das Blickfeld rücken, so wie etwa die Studien von Gerhard Kiersch und Tanja Wielgoß für die französisch-deutsche Parteienzusammenarbeit am Beispiel der Parti Socialiste und der SPD, so Stefan Bergers Analysen zu den Bezügen zwischen deutschen und britischen Sozialdemokraten,⁷¹

Katharina Keller zu den Interaktion zwischen deutschen und italienischen „Linken“,⁷² die Arbeiten von Einhart O. Lorenz und Klaus Misgeld mit Blick auf die deutsch-norwegische bzw. deutsch-schwedische Parteienkooperation der Sozialdemokratie,⁷³ Marc Drö-

Deutsche Leadership in der Europäischen Union? Die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998–2002, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet et al. (Hg.): Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Opladen 2002, S. 167–220; James Sloam: The European Policy of the German Social Democrats. Interpreting a Changing World, London 2004; Wolfgang Merkel et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie: Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006; Christian Krell: Sozialdemokratie und Europa. Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste, Wiesbaden 2009; Matthias Sachs: Sozialdemokratie im Wandel. Programmatische Neustrukturierungen im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2011.

70 Vgl. zur Systematisierung der Kontaktformen von Parteien vor allem Oskar Niedermayer: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt am Main u. a. 1983, v. a. S. 37 und die Ergänzungen desselben Autors: Die Entwicklung der europäischen Parteienbünde, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1984), S. 359–367.

71 Stefan Berger: The British Labour Party and the German Social Democrats 1900–1931. A Comparative Study, Oxford 1994.

72 Katharina Keller: Modell SPD? Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg, Bonn 1994.

73 Vgl. Einhart O. Lorenz: Les relations entre les mouvements ouvriers norvégien et allemand après 1945: Entre intérêts de sécurité nationale et appréhension d'un nationalisme social-démocrate naissant, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 2 (1993), S. 165–173 und Klaus Misgeld: Deutschlands Einheit und Europas Sicherheit. Zum Verhältnis zwischen schwedischer und deutscher Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 2 (1993), S. 175–185.

gemöllers Studie zur deutsch-niederländischen Kooperation⁷⁴ oder Joey-David Oveys Arbeit zum Verhältnis von sozialdemokratischen Parteien in Deutschland bzw. Großbritannien und ihren Mandatsträgern im Europäischen Parlament.⁷⁵ Einen umfassenderen Interaktionsgrad als die vielfach zufälligen und unsystematischen bilateralen Parteienkontakte erreichte die Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Sozialistischen Internationale und in der SPE bzw. ihrer Vorläufer.

Den Grundstein der nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommenen Parteienkooperation der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteienfamilie bildete das im Mai 1946 im südenglischen Clacton-on-Sea gegründete Socialist Information and Liaison Office (SILO), aus dem 1947 das Committee of Internationalist Socialist Conferences (COMISCO) hervorging. Aus dieser Organisation entwickelte sich nach mehreren Treffen die 1951 in Frankfurt (wieder)gegründete Sozialistische Internationale (SI). Wie in der Zeit vor dem Weltkrieg blieb die SI jedoch weiterhin ein Forum, das primär dem Austausch und der Kommunikation diene. Und nach wie vor konnten sich die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien angesichts politischer Differenzen und programmatischer Unterschiede nur auf allgemeine Punkte verständigen. Entscheidungen und Resolutionen blieben infolgedessen vielfach auf Grundsatzserklärungen beschränkt, in denen Differenzen nicht zum Ausdruck kamen. Während im Hinblick auf den Kooperationsgrad zwischen der Sozialistischen Internationale der 1950er Jahre und den früheren Internationalen nur begrenzte Unterschiede auszumachen sind, entwickelte die neue SI in ihrer Ausrichtung ein verändertes Profil. Da ein Großteil der Parteien nicht aus Europa, sondern aus außereuropäischen Staaten stammte, orientierte sich die SI nunmehr stärker international und weltumspannend, was sich auch in der thematischen Ausrichtung niederschlug. So wurden etwa der Nord-Süd-Konflikt oder Aspekte der Entwicklungspolitik – namentlich während der Präsidentschaft Willy Brandts (1976–1992) – eingehender behandelt.

Themen der europäischen Integration wurden im Zuge dieser Entwicklung hingegen sowohl in inhaltlicher als auch in organisatorischer Hinsicht zunehmend aus dem Alltagsgeschäft der SI ausgeklammert und in Expertengruppen verlagert. So wurde bereits anlässlich der Verhandlungen über die Montanunion zu Beginn der 1950er Jahre eine eigene Studien-Gruppe zur europäischen Integration eingesetzt, aus der in der Folge ein European Committee entstand, das die Verbindungslinien zwischen der Sozialdemokratischen Fraktion in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und den nationalen Parteien andererseits stärken sollte. Insbesondere der Umstand, dass es in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl frühzeitig zur Bildung von politischen Fraktionen kam,⁷⁶ lieferte neue Impulse zur Verstärkung der sozialdemokra-

74 Vgl. Marc Drögemöller: *Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945–1990*, Berlin 2008.

75 Vgl. Joey-David Ovey: *Between Nation and Europe. Labour, the SPD and the European Parliament 1994–1999*, Opladen 2002 und Tapio Raunio: *Losing Independence or Finally Gaining Recognition? Contacts between MEPs and National Parties*, in: *Party Politics* 2 (2000), S. 211–223.

76 Siehe hierzu Jürgen Mittag: *Die Politisierung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Anfänge transnationaler Fraktionsbildung im Europäischen Parla-*

tischen Parteienkooperation. Von Herbert Wehner ist die Zielsetzung überliefert, „durch Einrichtungen der Versammlung am Sitz der Hohen Behörde so viel wie möglich über die laufende Tätigkeit dieser Behörde und anderer Organe“ an Informationen zu ermitteln.⁷⁷ Im Gegensatz zu anderen Sozialdemokraten wies Wehner aber den Gedanken zurück, die Etablierung von Fraktionen vor allem im Hinblick auf die Debatten um die Europäische Politische Gemeinschaft sowie die Einführung zukünftiger Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu sehen. „Ich bin es selber gewesen“, so Wehner, „der in dem damaligen provisorischen Organisationskomitee, der Versammlung, das in Luxemburg getagt hat, als sich unsere anderen Ausschüsse noch nicht konstituiert hatten, den Vorschlag zur Organisation solcher Büros oder Verbindungsstellen gemacht hat. (...) Mein Wunsch ist, dass die Versammlung so wie sie jetzt ist, dasjenige, was ihr der Vertrag gestattet, bis an die äußerste Grenze ausschöpft. Dazu gehört eben, dass die Gruppen lebendig werden und nicht nur die Chance haben, sich zwischen diesen Tagungen kurz einmal über fundamentale Fragen zu unterhalten“.

Aus dem European Committee ging 1957 das bislang wenig beachtete Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften hervor (Liaison Bureau of the Socialist Parties of the European Community). Dieses Verbindungsbüro war von erheblicher Bedeutung für die Intensivierung der transnationalen Parteienzusammenarbeit in Europa. Es koordinierte die Arbeit der nationalen Parteien und der EP-Fraktion, bemühte sich um eine Abstimmung zwischen Parteien und Fraktion und übernahm auch einen guten Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Eine zentrale Funktion besaß dabei die als Quelle bislang noch nicht ausgewertete „Sozialistische Europa-Korrespondenz“, der „Pressedienst des Verbindungsbüros der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments“, der zumindest einmal monatlich über alle wichtigen Aktivitäten informierte. Exemplarisch für die Informationen und Aktivitäten ist ein Eintrag wie derjenige vom 28. Januar 1964, der mit dem Hinweis beginnt: „Im Rahmen des Verbindungsbüros der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft treffen sich am Donnerstag, den 30. Januar 1964, führende sozialistische Politiker aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu politischen Beratungen über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der europäischen Integrationspolitik. Diese Tagung wird unter dem Vorsitz von Gérard Jaquet (Sozialistische Partei SFIO) im Kongresspalast in Brüssel stattfinden. Die Tagesordnung umfasst einen Meinungsaustausch über alle wesentlichen politischen Fragen vor welche sich die Europäische Gemeinschaft in den kommenden Monaten sowohl im Zusammenhang mit ihrer inneren Entwicklung als auch mit ihrer Handlungsfähigkeit nach Außen gestellt wird. Die beiden Hauptpunkt der Tagesordnung sind folgende: 1) Meinungsaustausch über den gegenwärtigen Stand der europäischen Integration und die Aussichten für deren Weiterentwicklung angesichts der politischen Lage innerhalb der Gemeinschaft. – Einleitende Exposés vom Gerard Jaquet (...) und Herbert

ment, in: *Journal of European Integration History* 33 (2011), S. 13–30.

77 Plenumssitzung der Versammlung vom 16. Juni 1953. Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung. Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung vom 16. Juni 1953, S. 54 und 55.

Wehner (...). Dieser Punkt der Tagungsordnung umfasst u. a. die folgenden Fragen: a) die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften; die Vorstufen einer Ergänzung der Europäischen Gemeinschaft durch die Einbeziehung der Fragen der Weltpolitik, der Verteidigung und der Kultur. 2) Meinungs austausch über einige Aspekte der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Drittstaaten (...).⁷⁸

Eine weitere Aufgabe des Verbindungsbüros bestand in der Vorbereitung der Kongresse. Alle zwei Jahre fanden Kongresse der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel einer zunehmenden programmatischen Annäherung statt. Einen ersten Höhepunkt dieses Prozesses markierte das 1962 auf dem Fünften Kongress verabschiedete Gemeinsame Aktionsprogramm, in dessen Präambel die Zielsetzung verankert wurde, dass die „sozialdemokratischen Parteien des sich vereinigenden Europa (...) in ihrem Kampf um die Verwirklichung einer europäischen Rechtsordnung, die in geistiger Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründet“, sich zu einer „festen Einheit“ zusammenschließen sollen.⁷⁹ Wie der politische Aufbau Europas im Idealfall aussehen sollte, wurde ebenfalls im Aktionsprogramm festgeschrieben: „Alle Völker Europas sollen sich in einem einzigen politischen Verband vereinen. Die Trennungslinien, die den Aufstieg Europas behindern, müssen verschwinden, ohne dass die Verschiedenheit der Völker in Art, Veranlagung und Kultur beseitigt wird.“⁸⁰ Mit Blick auf einzelne Politikfelder fielen die Aussagen hingegen weit vager aus; so waren dem Gemeinsamen Aktionsprogramm in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen nur unbestimmte Aussagen zu entnehmen.

Einhergehend mit den generellen politischen Krisensymptomen der Europäischen Gemeinschaften im Gefolge der Politik des leeren Stuhls verlangsamte sich ab der Mitte der 1960er Jahre auch die sozialdemokratische Parteienzusammenarbeit auf europäischer Ebene. Den wichtigsten Anreiz, die Parteienkooperation zu verstärken, bildeten neben dem anhaltenden Drängen der Sozialistischen Internationale auf verstärkte Kooperationsanstrengungen die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Die seit langem schwelende und sich seit den frühen 1970er Jahren konkretisierende Direktwahlwahldebatte brachte neue Impulse zur Gründung von Parteienbünden und gemeinsamen Wahlkampfplattformen, führte aber auch zu einem verstärkten europapolitischen Engagement für die Ausgestaltung der parlamentarischen Dimension der Europäischen Gemeinschaft.⁸¹ In diesem Sinne forderte 1978 die SPD mit Helmut Schmidt, Hans Koschnik und Herbert Wehner

78 Sozialistische Europa-Korrespondenz, Nr. 3 (1964), S. 1.

79 Zit. nach Ossip K. Flechtheim (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963, S. 300ff.

80 Ebd.

81 Allgemeine Überblicke bieten Marguerite Bouvard: Labor Movement in the Common Market Countries. The Growth of a European Pressure Group, New York 1972; James May: Co-operation between Socialist Parties, in: William E. Paterson/Alastair H. Thomas (Hg.): Social Democratic Parties in Western Europe, London 1977, S. 408–428; Norbert Gresch: Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung – die europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien, in: Institut für Europäische Politik (Hg.): Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur? Bonn 1976, S. 149–249; Kevin Featherstone: Socialist Parties and European Integration – a comparative history, Manchester 1988.

eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Die drei Spitzensozialdemokraten betonten: „Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa. Als erster Schritt zur Demokratisierung ist die Direktwahl des Europäischen Parlamentes unabdingbar.“⁸²

Nach mehreren Anläufen und nach zum Teil kontrovers geführten Debatten gelang es im Jahr 1974 lediglich, einen lockeren „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ ins Leben zu rufen; jedoch nicht, wie zunächst geplant, eine schlagkräftige europäische Partei zu gründen. Der Bund folgte in den einzelnen Sprachen zudem einer unterschiedlichen Terminologie.⁸³ Der Vorsitzende des Bundes, der deutsche Bundestagsabgeordnete Wilhelm Dröscher, bekräftigte in seiner Antrittsrede, dass der Bund keine Partei sei und die Autonomie der Mitgliedsparteien respektiert werde. Erschwert wurde die Parteienkooperation in dieser Zeitphase vor allem durch die europaskeptische Haltung einzelner Parteien. Namentlich die britische Labour Party brachte eine deutliche Distanz gegenüber einer Vertiefung der europäischen Einigung zum Ausdruck, die bis zum Votum für einen Austritt des Landes aus der Gemeinschaft reichte.⁸⁴ Angesichts dieser Konstellation wurde noch 1976 von Beobachtern konstatiert, dass „die Entwicklung einer ‚Europäischen Sozialdemokratischen Partei‘ in absehbarer Zeit nicht realisierbar“ sei.⁸⁵

Die Forderungen der deutschen Sozialdemokratie nach einer Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments sowie die Kritik an fehlender parlamentarischer Teilhabe wurden auch im Rahmen des Ratifizierungsgesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986 erneut aufgegriffen. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel kritisierte im Deutschen Bundestag die grundsätzlichen Mängel einer bürokratischen Europapolitik, weswegen ihm die Gesetzesvorlage auch nicht weitreichend genug erschien. Das Europäische Parlament, so Vogel, sei durch fehlende Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte gekennzeichnet und somit nicht zeitgemäß – es ähnele mehr „den konsultativen Körperschaften des Vormärz im letzten Jahrhundert als einer Volksvertretung modernen Zuschnitts.“ Dennoch stimmte die SPD dem Ratifizierungsgesetz zu, da „ein Nein das europapolitische Gewicht

82 Beschlossen auf dem Europa-Parteitag in Köln am 10.12. 1978, zit. nach Walter Lipgens (Hg.): 45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlamentes, Bonn 1986, Dokument 131, S. 647 ff.

83 Federatie in den Niederlanden, Union in Frankreich, Bund in Deutschland, Confederation in Großbritannien, Confederazione in Italien und Samenslutinger in Dänemark.

84 Siehe Simon Hix/Urs Lesse: *Shaping a Vision. A History of the Party of European Socialists 1957–2002*, Brüssel 2002, S. 17–32.

85 Helga Köhnen: Die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, in: *Die Neue Gesellschaft* 6 (1976), S. 511–516. Siehe im gleichen Tenor auch Wilhelm Dröscher: Sozialdemokraten – die stärkste politische Kraft Europas, in: *Die Neue Gesellschaft* 9 (1977), S. 761–764 und Peter F. RUTHMANN: Wilhelm Dröscher. Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa, Bonn 1979, S. 71–88.

der Bundesrepublik schwächen und den Einigungsprozeß mehr behindern als fördern würde.“⁸⁶

Die europapolitischen Leitbilder der SPD kamen auch Berliner Grundsatzprogramm von 1989 zum Ausdruck, indem erklärt wurde, dass das Zusammenwachsen der einzelnen europäischen Staaten zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterhin wesentliches Ziel der deutschen Sozialdemokratie bleibe: „Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln, in denen die kulturelle Identität der Völker bewahrt, sprachlich-kulturelle Minderheiten respektiert und für alle Bürger gleiche Freiheiten und Entwicklungschancen gesichert werden.“⁸⁷

Vom Maastrichter Vertragswerk bis zum Vertragswerk von Lissabon

Die „Sozialdemokratische Partei Europas“ wurde knapp ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im November 1992 begründet. Dass auch dieser Gründungsakt durchaus nicht unumstritten verlief, dokumentiert die neuerliche Debatte um den Parteinamen. Statt auf die ursprünglich diskutierte einheitliche Bezeichnung „Europäische Sozialistische Partei“ verständigte man sich auf eine Lösung, die gleichermaßen Einheit wie Pluralität zum Ausdruck brachte, und es jeder sozialdemokratischen/sozialistischen Partei erlaubte, eine freie Übersetzung in die Landessprache zu wählen. Infolgedessen firmierte die Partei nach der Gründung in deutscher Sprache als „Sozialdemokratische Partei Europas“, in englischer, französischer, griechischer und spanischer Diktion als „Partei europäischer Sozialisten“, in dänischer, finnischer, niederländischer, norwegischer und schwedischer Sprache als „Partei europäischer Sozialdemokraten“ und in italienischer Sprache als „Partei des europäischen Sozialismus“. In Portugal wurde der ursprüngliche Vorschlag „Europäische Sozialistische Partei“ aufgegriffen. Der gewählte Name unterschied sich damit von Land zu Land und konnte der jeweiligen Sprache flexibel angepasst werden.

Erleichtert wurde der Schritt zur „Neugründung“ der Parteiorganisationen auf europäischer Ebene auf der einen Seite durch eine Annäherung der politischen Programmatik der Mitgliedsparteien des Bundes in den 1980er Jahren; sowohl in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch hinsichtlich der grundsätzlichen Haltung zur europäischen Einigung. Auf der anderen Seite war es – ähnlich wie bei der Direktwahl – einmal mehr, eine strukturelle Reform auf europäischer Ebene, die Anreize bot. Im Maastrichter EG-Vertrag hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verständigt, Parteien auf europäischer Ebene stärker in den Fokus zu stellen und die Rolle der Parteien für die demokratische Entwicklung der Europäischen Union zu betonen. So wurde ein Passus (seinerzeit als Art. 138a EG-V) in das Vertragswerk aufgenommen, der Parteien im hohen Maße als Integrationsfak-

86 Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 4.2.1986, zit. nach Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 246. Sitzung, 13.11.1986, S. 19719 ff., Auszüge.

87 Beschlossen vom Programmparteitag in Berlin 1989, zit. nach Dowe/Klotzbach (Hg.), Programmatische Dokumente, S. 371–445, hier S. 386 f.

toren beschreibt: „Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“⁸⁸

Das Ende des Kalten Kriegs konfrontierte die sozialdemokratische Parteienkooperation in Europa nicht nur mit neuen politischen Herausforderungen, sondern auch mit veränderten strukturellen Rahmenbedingungen:⁸⁹ Einerseits existierten in den mittel- und osteuropäischen Parteiensystemen keine genuin sozialdemokratischen Parteien, andererseits hatten einstige kommunistische Staatsparteien ihre politische und organisatorische Neuausrichtung eingeleitet und reklamierten dabei vielfach unter dem Etikett einer „sozialistischen“, „sozialdemokratischen“ oder „demokratischen Arbeiterpartei“ das linke Parteienspektrum für sich. Die Wahlergebnisse – sowohl die neuer sozialdemokratischer Parteien als auch die sogenannter reformkommunistischer Parteien – blieben jedoch deutlich unterhalb des Durchschnitts der Sozialdemokratie in Westeuropa. Die SPE – und ihre Mitgliedsparteien sowie deren verwandte politische Stiftungen – etablierten in der Folge mehrere Foren, die der Heranführung der sozialdemokratischen Parteien der Kandidatenländer dienen. Im Zuge dieser Kontakt- und Koordinierungsprozesse leistete die SPE einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Konzentration der sozialdemokratischen Parteien in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Neu akzentuiert wurden in diesem Rahmen auch die grundlegenden Partizipationsbedingungen der nationalen Parteien in den europäischen Parteien. Waren die Mitgliedsparteien in den Partei(bünden) der ersten Nachkriegsjahrzehnte gleichberechtigt, so hat der europäische Integrationsprozess zu einer Ausdifferenzierung des Mitgliedsstatus geführt. Die SPE unterscheidet heute zwischen Vollmitgliedern, assoziierten Mitgliedsparteien und Parteien mit Beobachterstatus, kennt aber im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien keine Individualmitgliedschaften.

Die SPE deckt mit ihren Mitgliedsparteien geografisch den gesamten Raum der Europäischen Union ab. Zudem sind neben der Jugendorganisation ECOSY und der Frauenorganisation SPE Frauen auch die Fraktionen im Europäischen Parlament und im Ausschuss der Regionen als Vollmitglieder integriert. Darüber hinaus können andere internationale Organisationen wie die Sozialistische Internationale, die sozialdemokratischen Fraktionen in der Versammlung des Europarates und der OSZE oder die Vereinigung sozialdemokratischer Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE) sowie die Europäische Senioren Organisation (ESO) als assoziierte Mitglieder bzw. Beobachter an den Organtreffen der SPE

88 Siehe hierzu Thomas Jansen/Justus Schönlau: Der Parteienartikel als Impulsgeber? Die Entwicklung der Rechtsgrundlagen für die „Europäischen Politischen Parteien“, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 515–534.

89 Siehe für diesen Zeitabschnitt sozialdemokratischer Parteienkooperation insbesondere Pascal Delwit: *Les partis socialistes et l'intégration européenne*, Bruxelles 1995; Robert Ladrech/Philippe Marlière: *Social Democratic Parties in the European Union: History, Organization, Politics*, Basingstoke 1999; Claudia Ehmke: Die Sozialdemokratische Partei Europas: Legitimationsvermittlerin für die Europäische Union?, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 557–578, hierauf aufbauend auch Til Huber: *Makler der Demokratie. Das Potenzial europäischer Parteien am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas*, Baden-Baden 2007.

teilnehmen. Ebenso wie die christlich-konservative und die liberale Parteienfamilie hat auch die SPE mittlerweile dauerhafte und professionelle Organisationsstrukturen entwickelt. Der Kongress fungiert als das oberste Beschluss fassende Organ der SPE. Er tritt mittlerweile alle zweieinhalb Jahre zusammen und setzt und sich aus dem Vorstand und einer Anzahl von nationalen Delegierten zusammen, die sich nach der Stärke der Partei in der Fraktion im Europäischen Parlament richtet, der aber auch der Größe der Mitgliedstaaten Rechnung trägt. Dem Kongress obliegen wesentliche Kompetenzen, da er für die Festlegung der Parteistatute und der politischen Leitlinien verantwortlich ist, aber auch für die Entwicklung und Verabschiedung eines gemeinsamen Wahlprogramms sowie für die Wahl des Vorstands. Neben den stimmberechtigten Mitgliedern nimmt auch eine große Anzahl von nicht-stimmberechtigten Gästen an den Kongressen teil. So war beim SPE-Kongress 2006 in Porto weniger als ein Drittel der Teilnehmer stimmberechtigt.

Bildet der Kongress das zentrale Organ für die programmatischen Debatten der europäischen Parteien, so stellt der Rat das Forum für stärker strategisch orientierte Diskussionen dar. Dem Rat obliegen zentrale Kompetenzen etwa bei der Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder. Daneben verfügt er über die Entscheidungsgewalt bei administrativen Fragen, etwa zum Haushalt der SPE. Der Rat tagt ebenfalls in regelmäßiger Frequenz, aber deutlich häufiger als der Kongress (zumindest einmal im Jahr, bis zu viermal jährlich). Er ist deshalb auch für alle programmatischen Fragen zuständig, die zwischen den Tagungen des Kongresses anfallen. Im Rahmen der Kongressbeschlüsse kann der Rat so zu aktuellen Problemen Stellung nehmen und Empfehlungen an die anderen Organe der europäischen Partei richten. In seiner Zusammensetzung korrespondiert der Rat mit der Zusammensetzung des Kongresses: Der Rat setzt sich sowohl aus ex officio Mitgliedern zusammen, die durch ihre Funktion bestimmt werden, als auch aus Delegationen der nationalen Mitgliedsparteien. Der Rat zeichnet sich aber durch eine deutlich kleinere Teilnehmerzahl aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Ratssitzungen nicht der öffentlichen Inszenierung der europäischen Partei dienen, sondern Arbeitssitzungen sind.

In der SPE entsenden alle Mitgliedsorganisationen Vertreter in das Präsidium, um so ihren Einfluss sicher zu stellen. Während die anderen Organe der europäischen Parteien in größeren Abständen tagen, finden die Präsidiumssitzungen mehrfach jährlich (bis zu achtmal im Jahr) statt. Entsprechend obliegt dem Präsidium – in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat – die Tagesarbeit der europäischen Partei und die Umsetzung der Beschlüsse von Kongress und Rat.

Für die Repräsentation der Mitgliedsparteien in den Gremien der europäischen Parteien werden sowohl die Prinzipien der Egalität – etwa in dem Recht jeder Mitgliedspartei auf ein Präsidiumsmitglied –, als auch die der Proportionalität – in der Berechnung der Delegiertenanzahl auf Grund des letzten Wahlergebnisses – angewandt.

Entschieden wird über Themen dann mit qualifizierender Mehrheit, wenn auch im Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird; nationale Parteien können sich aber vorher von Entscheidungen lossagen. Von März 1995 bis Mai 2001 war Rudolf Scharping Vorsitzender der SPE, bis April 2004 war es der frühere britische Außenminister und Labour-Fraktionsvorsitzende Robin Cook, bis November 2011 der ehemalige dänische Ministerprä-

sident Poul Nyrup Rasmussen und seitdem der zeitweilige bulgarische Premierminister Sergei Stanishev.⁹⁰ Ein weiteres Organ ist die Konferenz der Partei- und Regierungschefs, der nach den Statuten nur begrenzte Entscheidungskompetenz zukommt, obwohl sie in der Praxis eine zunehmend tragende Rolle spielt, da sie insbesondere im Vorfeld von Sitzungen des Europäischen Rats wichtige Anregungen liefert und Impulse setzt. Treffen der Fachminister der einzelnen SPE-Mitgliedsparteien ergänzen diese Konferenz.

Ähnlich wie bei den anderen europäischen Parteiorganisationen konzentriert sich die Arbeit der SPE vor allem auf organisatorische Problemstellungen: die Ausarbeitung von Europawahlprogrammen,⁹¹ die Schwerpunktsetzung der Arbeit der Fraktionen im Europäischen Parlament, die Absprachen zwischen einzelnen Mitgliedsparteien sowie die Information der Medien. Neben diesem Spektrum an Aufgaben und Betätigungsfeldern fallen aber auch Grenzen der Aktivitäten der SPE ins Auge. Weder bei der Ämtervergabe in der Gemeinschaft noch bei Kandidatenaufstellungen für die Wahlen zum Europäischen Parlament spielt die SPE eine wirkliche Rolle. Für Konzeption, Planung und praktische Durchführung der EP-Wahlkämpfe zeichnen nach wie vor die nationalen Parteien verantwortlich. Die Einflussnahme von europäischen Parteien auf Beschlüsse und Arbeit von anderen europäischen Institutionen, etwa von Rat und Kommission, wird als gering eingeschätzt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Kompetenzbereich der europäischen Parteien begrenzt ist und eine Übertragung von Kompetenzen der Mitgliederparteien bislang nicht stattgefunden hat.

Obwohl sich die SPE-Parteiorganisation zu einem zunehmend aktiveren Akteur entwickelt hat, ist nicht zu übersehen, dass die einzelnen nationalen Parteien weiterhin eine zentrale Rolle bei den Parteiaktivitäten auf europäischer Ebene spielen. Nationale Parteien orientieren ihre Aufmerksamkeit zwar zunehmend stärker auf Brüssel, doch ist ihre europäische Arbeit in erster Linie auf den nationalen Kommunikationsraum ausgerichtet. Oftmals verfügen die nationalen Parteien auch nicht über die Ressourcen, um neben den Alltagsgeschäften und nationalen Themen noch europapolitische Themenfelder eingehender zu bearbeiten. Angesichts fest fragmentierter innerparteilicher Strukturen, die grundsätzlich nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten zulassen, ist es auch im Falle der SPD bislang lediglich einzelnen Parteiführern und Akteuren in Ausnahmefällen geglückt, richtungweisende europapolitische Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen waren jedoch nicht strukturell eingebunden, wurden spontan getroffen und bisweilen in der Öffentlichkeit und von den Medien nur begrenzt wahrgenommen und reflektiert. Ein Beispiel für solche Aktivitäten ist die vom deutschen Parteivorsitzenden Kurt Beck und vom französischen Vorsitzenden François Hollande im Jahr 2007 gemeinsam präsentierte Erklärung „Zur Zukunft der Europäischen Union“.

90 Die SPE hat auf ihrem Kongress im September 2012 in Brüssel den früheren bulgarischen Premier Sergej Stanischew zum neuen Vorsitzenden gewählt, der den Parteivorsitz bereits seit Ende 2011 kommissarisch bekleidete, da sein langjähriger Vorgänger Poul Nyrup Rasmussen aus Krankheitsgründen sein Amt niedergelegt hatte.

91 So zuletzt Sozialdemokratische Partei Europas: Wahlmanifest zur Europawahl 2009. Der Mensch im Mittelpunkt: Eine neue Richtung für Europa, Brüssel 2009.

Einen Impuls hat die Parteienkooperation im Rahmen der SPE durch eine neuerliche Reform auf europäischer Ebene erhalten. In den Jahren 2004 und 2007 wurden die Kriterien, die eine politische Partei auf europäischer Ebene definieren, sowie ihre Finanzierungsgrundlagen erstmals rechtlich festgelegt.⁹² Damit eine Vereinigung oder ein Bündnis als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt wird, sind insgesamt vier Kriterien zu erfüllen: Sie muss rein formal Rechtspersönlichkeit in dem EU-Mitgliedstaat besitzen, in dem sie ihren offiziellen Sitz hat; sie muss in wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder der nationalen bzw. regionalen Parlamente vertreten sein. Alternativ wird anerkannt, wenn bei der jeweils letzten Europawahl in einem Viertel der Mitgliedsländer mindestens drei Prozent der Stimmen erzielt wurden. Ihre Zielsetzungen und Aktivitäten müssen zudem die Grundsätze, auf denen die Europäische Union basiert, respektieren. Schließlich muss die Absicht verfolgt werden, an Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Auf Grundlage dieser Kriterien der „Verordnung (...) über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“, denen von der SPE durchgehend Rechnung getragen wird, hat die europäische Parteiorganisation ihre Strukturen nochmals ausgebaut und zudem um eine politische Stiftung auf europäischer Ebene ergänzt.⁹³

Die Entwicklung der SPE-Parteienkooperation auf europäischer Ebene wird wie diejenige der anderen Parteienfamilien seitens der Wissenschaft insgesamt ambivalent bewertet. Zwar hat die SPE die Kooperation und Interaktion der nationalen Parteien in einer Form verstärkt, dass sie als Bindeglied der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Union wahrgenommen wird. Wenn nationale Positionen jedoch stark voneinander abweichen, wie es etwa bei der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung der Fall war, bleibt die Arbeit der SPE angesichts des Zwangs zum Konsens auf Absprachen hinter den Kulissen und die Suche nach Formelkompromissen beschränkt. Diese grundsätzliche Einschränkung wird noch dadurch verschärft, dass der Zwang zur parteiübergreifenden Kooperation auf nationaler Ebene die ohnehin schwierige Herausbildung eigenständiger parteipolitischer Profile auf europäischer Ebene zusätzlich erschwert.

92 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene (ABl. L 297 vom 15.11.2003). Im Jahr 2007 wurde die Verordnung mit Blick auf primär technische Kriterien angepasst. Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 (ABl. L 343 vom 27.12.2007).

93 Vgl. Jan Kreutz: Perspektiven europäischer Parteien als Motor supranationaler Demokratie: Das Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), in: Jürgen Mittag: 30 Jahre Direktwahlen zum EP (1979–2009). Europawahlen und Europäisches Parlament in der Analyse, Baden-Baden 2011, S. 313–330.

Fazit: Schwierige Geschwister

Die sozialdemokratische Parteienzusammenarbeit weist im Vergleich zu anderen politischen Gruppierungen sowohl Besonderheiten als auch Gemeinsamkeiten auf. Parallel zur Formierung moderner Massenparteien entwickelten sich im sozialdemokratisch-sozialistischen Parteispektrum früher als in anderen Parteifamilien bereits mit der Verfestigung nationaler Parteiorganisationen erste Kontakt- und Kooperationsstrukturen. Die aus den Arbeiterbewegungen hervorgegangenen Parteien bekundeten von Anfang an ihre Bereitschaft zur transnationalen Kooperation und stellten diese auch durch eine Vielzahl von Interaktionsformen – vom Abdruck von Presseartikeln anderer sozialistischer Parteien über die Etablierung regional begrenzter Zusammenarbeitskomitees bis hin zu den internationalen Sozialistentreffen und den Organisationen der Internationalen – unter Beweis. Zu tiefergehenden Interaktionen kam in diesem Zeitabschnitt in der Regel jedoch nicht. Eine regelmäßige Rhythmik grenzüberschreitender Kontakte bestand allein im Rahmen der Sozialistischen Internationalen. Die Interaktionsformen der Sozialdemokratie und Sozialisten waren dabei kaum auf das Konzept der europäischen Einigung ausgerichtet. Zusammenhängende und hinreichend unterstützte parteipolitische Initiativen mit dem Ziel eines stärkeren europäischen Einigungsbestrebens erfolgten weder in der Vor- noch in der Zwischenkriegszeit, da der Nationalstaat weiterhin den dominanten Referenzrahmen parteipolitischer Aktivitäten darstellte und eine latente Ambivalenz zwischen internationalen Verlautbarungen und nationalstaatlichem Handeln nicht überwunden wurde. Insbesondere die Erfahrung des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs – jener viel beschworenen „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“⁹⁴ – hatte wesentlichen Anteil, dass eine weitergehende oder stärker institutionalisierte Zusammenarbeit an Grenzen stieß. Allein in programmatischer Hinsicht ist seitens der deutschen Sozialdemokratie in den 1920er Jahren eine behutsame Ausrichtung auf die Idee der europäischen Einigung auszumachen. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ änderten sich die Rahmenbedingungen parteipolitischer Aktivitäten in Kontinentaleuropa grundlegend. Da im Exil zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Gruppierungen und Parteien nur lose Kontakte existierten, gelang es in dieser Zeit nur begrenzt, kohärente und schlagkräftige Zielvorstellungen für ein Nachkriegseuropa entwickelt.

Der Zeitkorridor 1945 bis 1952 markiert eine wichtige Wegmarke für die Neuorientierung transnationaler Parteieninteraktion, da erst im Gefolge der Vertiefungs- und Erweiterungsprozesse der europäischen Gemeinschaften lockere, aber dennoch dauerhafte Interaktionsstränge auf europäischer Ebene etabliert wurden. Da länderübergreifende Lösungsansätze im europäischen Kontext von den nationalstaatlich geprägten Interessen beeinträchtigt wurden, kam dem 1957 etablierten „Verbindungsbüro“ der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien zunächst jedoch kaum mehr als eine lose Koordinationsrolle zu. Die Bedeutung transnationaler Parteienkooperation ist dennoch nicht zu unterschätzen: Die sich verfestigende Parteienkooperation über Grenzen hinweg hat das Wissen über divergierende natio-

94 Siehe zur der auf George F. Kennan zurückgehenden Formel von der „great seminal catastrophe of this century“ George F. Kennan: *Bismarcks System in der Auflösung: die französisch-russische Annäherung 1875–1890*, Frankfurt am Main 1981, S. 12.

nale Standpunkte und Traditionen erheblich vertieft und auch dazu beigetragen, Verständnis für Unterschiede zu wecken, sodass sich allmählich ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis entwickelte, das die Grundlage für ein stärker zusammenwachsendes Europa und die Ausgestaltung der weiteren Parteienzusammenarbeit bildete. Vor allem im Vorfeld der ersten Direktwahl 1979 konnte seitens der sozialdemokratischen Parteien auf diesen Fundamenten aufgebaut werden, nicht jedoch in dem Ausmaß wie erwartet eine europäische Parteiorganisation entwickelt werden. Erst der 1993 in Kraft getretene Maastrichter Vertrag und die explizite Bezugnahme auf „Parteien auf europäischer Ebene“ im „Parteienartikel“ leiteten einen neuen Zeitabschnitt transnationaler Parteienzusammenarbeit ein. In gezielter Anlehnung an den „Parteienartikel“ ging 1992 aus dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien die „Sozialdemokratische Partei Europas“ hervor. Charakteristisch für die bis heute währende Phase grenzüberschreitender Parteienkooperation ist eine erhöhte organisationsinterne Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft der SPE sowie ihre verstärkte Sichtbarkeit und eine zumindest graduell verbesserte Ressourcenausstattung. Hinzu kommt – in Verbindung mit dem Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa – die „Brückenfunktion“ der europäischen Parteiorganisationen für Parteineugründungen und Kooperationsstrukturen mit Parteien aus den Transformationsstaaten. Die bisherige Parteienkooperation im Rahmen der SPE ging indes nicht so weit, dass nationale Parteien durch Zusammenarbeit und Interaktion zu einer homogenen, geschlossen agierenden europäischen Partei zusammengewachsen sind. Die sozialdemokratische Parteienkooperation zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt weiterhin ein Geflecht, transnationaler und europäischer Kooperationen dar, in dem es bislang im Sinne der Supranationalität zu keiner Übertragung von Kompetenzen gekommen ist.

Die Parteienkooperation der Sozialisten und Sozialdemokraten ist damit ein Stück weit Spiegel der unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten europäischer Einigung. Während es im gouvernementalen Bereich der Politik zu erheblichen Anpassungs- und Verge-meinschaftungsprozessen gekommen ist, unterscheiden sich die europäischen Gesellschaften noch immer grundlegend. Die Parteien und ihre Kooperationsformen, die in beide Bereiche hineinwirken, stellen eine Brücke zwischen beiden Bereichen dar. Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich vor allem seit dem 1990er Jahren die Parteienkooperation auf europäischer Ebene mehr und mehr verdichtet. Die Parteien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auf europäischer Ebene sind jedoch weder zu einem bestimmten Parteyentypus verschmolzen noch zeichnet sich eine Entwicklung in diese Richtung ab. Der Brüsseler „Mitwirkungsbürokratie“ stehen unterschiedliche Anpassungs- und Partizipationsstile gegenüber. Die Europäische Union bleibt mit ihren Mitgliedstaaten und mit ihren nationalen Parteiensystemen eine Gemengelage unterschiedlicher Modelle.

In diesem Sinne sind die Impulse der europäischen Integration für sozialdemokratische und sozialistische Parteien ambivalent: Die Parteienkooperation im europäischen Rahmen liefert bisher und läuft auch weiterhin nicht auf die Erfüllung klassischer Funktionen von Parteien hinaus, sondern vielmehr auf eine Vermittlerrolle.⁹⁵ Im Sinne der Kommunikation,

95 Vgl. hierzu Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien 2010, vor allem S. 111–123 und Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebe-

Koordination, Zielfindung und Inklusion kann auch der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteienkooperation eine übergeordnete Vernetzungsfunktion zugeschrieben werden, die wiederum neuen Perspektiven für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft sowie die Entwicklung der Demokratie in Europa weist.⁹⁶

nensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart/Networks in European Multi-Level Governance. From 1945 to the Present, Wien u. a. 2009; Thomas Poguntke/Christine Pütz: Parteien in der Europäischen Union: Zu den Entwicklungschancen der Europarteien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2 (2006), S. 334–353.

96 Vgl. in diesem Sinne Jürgen Mittag/Eva Bräth: Parteienzusammenarbeit in Europa: Entwicklungslinien und Perspektiven, in: Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Essen 2006, S. 699–722.